

Andrzej Paczkowski

Terror und Überwachung:

Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von
1944 bis 1956

Übersetzung von Hanna Labrenz-Weiß, BStU

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung: Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944 bis 1956 (BF informiert 23/1999). Hg. BStU.

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421306461>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifizier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr für diese Lieferung: 2,50 €

Berlin 1999

ISBN 978-3-942130-64-6

urn:nbn:de:0292-97839421306461

Inhalt

| | | |
|----|---------------------------------|----|
| 1. | Vorbemerkung | 3 |
| 2. | Maschinen und Menschen | 5 |
| 3. | Schild und Schwert | 10 |
| 4. | Augen und Ohren | 22 |
| 5. | Die Ambivalenz des »Tauwetters« | 30 |
| | Abkürzungsverzeichnis | 35 |
| | Angaben zum Autor | 37 |

1 Vorbemerkung

»Schild und Schwert« und »Augen und Ohren« – diese beiden bildhaften, bekannten Bezeichnungen geben anschaulich wieder, was ein Sicherheitsdienst ist und wozu er dient.¹ Sie gelten sicherlich immer und überall, nirgends aber so, wie in den totalitären Systemen und deren kommunistischen Varianten. Es verwundert nicht besonders, daß sich fast alle Autoren, die diesen Apparat beschreiben – sowohl von innen als Zeugen und Opfer als auch von außen als Beobachter, zum Beispiel Historiker –, vorwiegend für seine Mechanismen interessieren, vor allem für das Ausmaß und den sozio-ethnologischen Aspekt seines Terrors. Seltener wird näher untersucht, was die Tscheka und ihre Nachfolger und Nachahmer in anderen Staaten als »Auge und Ohr« der Macht getan haben. Die Existenz und das Ausmaß des Terrors waren der wichtigste Gesichtspunkt für die moralische Beurteilung und Verurteilung des Systems. Außerdem hielten die Autoren der Totalitarismus-Theorie² den Terror für einen ebenso unabdingbaren Bestandteil des Systems wie die Präsenz eines Führers oder die Einparteiherrschaft usw. Diese Betrachtungsweise übt trotz vielfältiger Kritik und zahlreicher Versuche, sie zu revidieren, nach wie vor Einfluß auf die Forschung aus. Die Mechanismen des Terrors aufzudecken, ist deshalb so wichtig, weil der Terror, wie oft und zu Recht festgestellt wurde, eine bleibende, über Generationen unaustilgbare Spur in der Gesellschaft oder den gesellschaftlichen Gruppen hinterläßt, die ihm ausgesetzt waren. Seine Erforschung ist auch für die Analyse jener Phasen des kommunistischen Systems unentbehrlich, die nach der Periode des »Großen Terrors«, nach Stalins Tod, kamen.

Ich habe vor, den Terror und die Überwachung als die zwei Hauptfunktionen des Sicherheitsapparates darzustellen. Dabei beschränke ich mich auf die Jahre zwischen 1944 bis 1956, da mir für diese Zeit entsprechende Quellen aus Polen vorliegen, obwohl sicherlich die meisten Mechanismen und Motivationen überall da, wo Kommunisten die Macht innehatten, ähnlich oder identisch waren. Über den Terror in anderen Ostblockstaaten ist bisher nicht viel erschienen. Weit mehr, wie sich denken läßt, wurde über den »Mutterapparat« geschrieben, die Tscheka und ihre Nachfolgeorganisationen. Man muß beachten, daß fast alle Veröffentlichungen, darunter die schon klassischen Arbeiten von Robert Conquest³, George Lagett⁴

¹ Ich beschränke mich hier auf das Beispiel Polens. Von einem Agentennetz als »unsere Augen und Ohren« sprach schon 1952 Roman Romowski, stellvertretender Minister für Öffentliche Sicherheit (Zentralarchiv des Innenministeriums – künftig: CA MSW – 17/IX/77, Bd. 9, S. 24). Der Sicherheitsdienst wurde von Boleslaw Bierut als »Schwert der Arbeiterklasse« bezeichnet (Archiv der Neuen Akten – künftig: AAN – Nachlaß von: Bierut, 254/III-11). – Schild und Schwert waren Kennzeichen des KGB.

² Arendt, Hannah: *The Origins of Totalitarianism*. New York 1951; Friedrich, Carl J.; Brzeziński, Zbigniew: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*. New York 1956.

³ Conquest, Robert: *Inside Stalin's Secret Police NKWD Politics 1936–1939*. London 1985.

⁴ Lagett, George: *The Cheka*. Oxford 1981.

und John Dziak⁵ und auch die von Alexander Dallin und Georg Breslauer⁶ oder Jonathan Adelman⁷ herausgegebenen Sammelwerke⁸ vor dem Zusammenbruch des Kommunismus entstanden sind, das heißt, bevor die Sowjetunion einige ihrer Archive öffnete und daß die Quellenbasis der Autoren ziemlich dünn war, was die Bedeutung der meisten dieser Arbeiten natürlich nicht schmälert. Soweit ich weiß, ist in Rußland nach 1991 keine größere Monographie über die Sicherheitsorgane entstanden. Jedoch hat mich die Dissertation von Wladlen S. Izmozik »Augen und Ohren des Regimes. Staatliche politische Kontrolle in Krisenzeiten Sowjetrußlands in den Jahren 1918 bis 1928«⁹, die sich auf eingehende Archivstudien stützt, zu diesem Referat angeregt.

Zu einer besonderen Fundgrube für Historiker wurden die uneingeschränkt geöffneten »Stasi«-Archive der ehemaligen DDR. Die meisten Veröffentlichungen nehmen sich hier allerdings der siebziger und achtziger Jahre an, während mich die frühe, rein »stalinistische« Epoche interessiert. Mit den Anfängen der berüchtigten DDR-Staatssicherheit beschäftigt sich systematisch, wenn auch nur am Rande seiner Hauptthemen, Norman M. Naimark¹⁰.

Meine Kenntnisse über die Sicherheitsdienste der südlichen Nachbarn Polens habe ich den Monographien von František Koudelka¹¹ und Jan Peska¹² entnommen. Es existieren auch einige, jedoch wenig ergiebige Arbeiten über die rumänische Securitate.¹³ Soweit ich es überschaue, gibt es keine wesentlichen Arbeiten über die Sicherheitsdienste in Bulgarien, Albanien oder im Jugoslawien Titos, geschweige denn über die chinesische, vietnamesische oder kubanische »Tscheka«.

Auf eine vergleichende Analyse zum Thema des polnischen Sicherheitsdienstes wird hier wegen der noch nicht abgeschlossenen Archivrecherchen und der Zugangsschwierigkeiten zu wichtigen Dokumenten verzichtet.

⁵ Dziak, John: *Chekisty: A History of the KGB*. Lexington 1988.

⁶ Dallin, Alexander; Breslauer, Georg: *Political Terror in Communist System*. Stanford 1971.

⁷ Adelman, Jonathan: *Terror and Communist Politics: The Role of the Secret Police in Communist States*. Boulder 1984.

⁸ Die reichliche (doch oft verworrene) Literatur über Auslandsaufklärung (und Spionageabwehr) lasse ich hier aus, um mich auf die Funktionen des Apparates im Innern zu konzentrieren.

⁹ Izmozik, Wladlen S.: »Glaza i uschi reshima. Gosudarstwiennyi politiczeskii kontrol sa nasielieniem Sowetskoi Rossii w 1918–1928 godach« (Augen und Ohren des Regimes. Staatliche politische Kontrolle über die Gewaltausübung Sowjetrußlands 1918–1928). Sankt-Petersburg 1995, S. 164.

¹⁰ Naimark, Norman M.: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945–1949*. Berlin 1997, S. 445–499.

¹¹ Koudelka, František: *Státní bezpečnost 1954–1968. Základní údaje (Staatssicherheit 1954–1968. Grundlegende Aufgaben)*. Praha 1993.

¹² Peska, Jan: *Státná bezpečnost na Slovensku 1948–1953 (Staatssicherheit in der Slowakei 1948–1953)*. Bratislava 1996.

¹³ Deletant, Dennis: *The Securitate and the Police State in Romania, 1948–1964*. In: *Intelligence and National Security*, Vol. 8, no 4, October 1993, S. 1–25.

2 Maschinen und Menschen

Zunächst seien kurz die Entstehungsgeschichte und die Struktur der polnischen Staatssicherheit umrissen. Als wichtige spezifische Aspekte sind zu nennen:

1. Der Sicherheitsdienst entstand gleich nach der Machtübernahme durch die Kommunisten zu einer Zeit, als das Land noch durch die Frontlinie geteilt war. Entgegen ersten Planungen wurde nicht der alte Apparat aus dem Innenministerium der Vorkriegszeit wieder aufgebaut, sondern an seine Stelle traten zwei unabhängige Ressorts – das Ressort für Öffentliche Sicherheit und das für Öffentliche Verwaltung.
2. Die kommunistische Partei befand: »Die Aufgaben der Sicherheit dürfen wir nicht aus den Händen lassen.«¹⁴ Bei der Stellenbesetzung wurde daher auf das Monopol der Kommunistischen Partei geachtet, was sich unter anderem darin ausdrückte, daß fast alle Mitarbeiter, die eine leitende Funktion erhielten (in der Zentrale wie in der Provinz), schon vor dem Krieg Mitglieder oder Sympathisanten der Kommunistischen Partei oder ihrer Jugendorganisation waren. Über die Besetzung der höheren Stellen entschied das Politbüro.
3. Die meisten der insgesamt 200 ersten Organisatoren hatten 1944 an einem Kursus der Offiziersschule Nummer 366 des NKWD in Kuibyschew teilgenommen, die übrigen stammten aus sowjetischen Diversionsgruppen, waren also ebenfalls Zöglinge des NKWD.
4. Von Anfang an wirkten sowjetische Offiziere bei der Organisation und operativen Arbeit mit. Im März 1945 wurde ein offizielles »Beraterkorps« aufgebaut, das Hunderte von Offizieren umfaßte und sich bis auf die Kreisebenen verteilte.
5. In der Logistik, im technischen Bereich (Verbindungssystem, Transport, Bewaffnung, Finanzen) und in der Personalverwaltung arbeiteten ebenfalls aus Moskau delegierte Offiziere der Roten Armee oder des NKWD, von denen einige polnischer Abstammung waren.

Nach dem Muster des sowjetischen Sicherheitsdienstes setzte sich das Ressort wie folgt zusammen:

1. aus dem Bereich Sicherheit, der der politischen Polizei (einschließlich der Auslandsaufklärung) entsprach und territorial strukturiert war (Wojewodschaften und Kreise);
2. aus der Volkspolizei (MO: Milicja Obywatelska – Ordnungs- und Kriminalpolizei);
3. aus den Straflagern und Strafvollzugsanstalten;
4. aus der Armee für Inneres¹⁵ (genannt Korps für die Öffentliche Sicherheit – KBW).

¹⁴ Äußerung von Stanislaw Radkiewicz, langjähriger Leiter dieses Ressorts. In: Protokoll der Beratungen des ZK der PAP. Mai 1945, bearbeitet von A. Kochanski. Warschau 1992, S. 35.

¹⁵ Gemeint sind bewaffnete Einheiten, die es in der DDR und in den Ostblockstaaten gab. In der DDR hießen sie »Innere Truppen«, später wurden sie »Bereitschaftspolizei« genannt.

1949 wurden den Sicherheitsdienstressorts noch die Grenztruppen (WOP) und die Abwehr der Wirtschaftsspionage unterstellt. Schon ab 1946 gehörte zu diesem Bereich auch die Freiwillige Polizeireserve (ORMO). Im Unterschied zum russischen Modell durften im polnischen Sicherheitsdienstressort keine Urteile auf administrativem Wege gefällt werden. Der Kern des gesamten Bereichs war der Sicherheitsdienst (die Staatssicherheit) *sensu stricto*, und ihm werde ich mich hier zuwenden.

Die Staatssicherheit war von Anfang an recht weitverzweigt strukturiert. Im Dezember 1944, als die Front noch an der Weichsel stand und sich nur ein Drittel des künftigen Gebiets Polens unter der kommunistisch dominierten Verwaltung befand, zählte sie etwa 2 500 Funktionäre. Im Mai 1945 beschäftigte sie 11 000 und im November bereits etwa 28 000 Personen. Der höchste Stand wurde 1953 mit 33 200 Funktionären erreicht, wovon 7 400 im Ministerium selbst und die übrigen in den Wojewodschaften (WUBP) und Kreisen (PUBP) tätig waren. In dieser Zeit stellte der Sicherheitsbereich in seiner Gesamtheit eine starke Macht dar und setzte sich aus folgenden Teilbereichen zusammen: der Volkspolizei mit 48 000 Mitarbeitern, dem Korps für die Öffentliche Sicherheit (KBW) mit 41 000 Soldaten und Offizieren, den Grenztruppen (WOB) mit 32 000 Soldaten und Offizieren, dem Strafvollzug mit 10 000 Mitarbeitern und der Wirtschaftsspionage-Abwehr mit 32 300 Mitarbeitern. Zusammen mit der Staatssicherheit waren das 200 000 Mitarbeiter der bewaffneten Organe. Wenn wir noch die etwa 125 000 Mitglieder der Freiwilligen Polizeireserve dazuzählen, die nicht nur Zugang zu Waffen hatten, sondern auch geschult und voll verfügbar waren, so kommt man auf eine nur wenig geringere Stärke als die gesamte damalige polnische Armee, die neben der sowjetischen die stärkste auf dem europäischen Kontinent war.

1953 entfiel auf etwa 800 Bürger ein Funktionär der Staatssicherheit. Bezieht man aber alle übrigen Sicherheitsdienste mit ein, so entfiel eine Person, die mit dem »Ressort« zu tun hatte, auf 80 Bürger.¹⁶ Das war natürlich kostspielig. 1947 stellte Minister Radkiewicz fest, daß »über ein Viertel des Staatshaushaltes [...] für die Armee und den Sicherheitsdienst ausgegeben wird«.¹⁷ In der Tat, nach den einzigen offiziellen (allerdings vertraulichen) Angaben aus den Jahren 1944 bis 1949 verbrauchte das Ministerium für Öffentliche Sicherheit acht bis elf Prozent des Staatshaushaltes und nahm damit nach dem Verteidigungsministerium und dem Ministerium für Volksbildung den dritten Platz ein.¹⁸ Außerdem bekam der Sicherheits-

¹⁶ Hier müßte man auch den Apparat der Informationsverwaltung der polnischen Armee (die militärische Spionageabwehr) einbeziehen, der 1947 2 500 und von 1953–1955 bis zu 4 200 Mitarbeiter zählte. Zum Vergleich sei angeführt, daß in den Jahren von 1918–1926, als in der polnischen Polizei der politische Bereich ausgesondert wurde, nicht mehr als 950 Funktionäre beschäftigt waren und in den dreißiger Jahren, als die politischen Delikte nur einer der Tätigkeitsbereiche der Untersuchungspolizei waren, der Mitarbeiterstand nicht höher als 2 500 war. Vgl. Andrzej Misiuk: *Policja Panstwowa 1919–1939 (Staatspolizei 1919–1939)*. Warschau 1996, S. 263, 272, 321.

¹⁷ *Aparat bezpieczenstwa w latach 1944–1956. Taktyka, strategia, metody. Czesc I: lata 1945–1947 (Der Sicherheitsapparat in den Jahren 1944–1956. Taktik, Strategie, Methoden. Teil I: 1945–1947)*, bearbeitet von A. Paczkowski. Warschau 1994, S. 82.

¹⁸ AAN, *Prezydium Rady Ministrow (Das Präsidium des Ministerrates)*, Bd. 6/322f., 326, 329, 334 und 341.

dem Ministerium für Volksbildung den dritten Platz ein.¹⁸ Außerdem bekam der Sicherheitsdienst in dieser Zeit Waffen und Ausrüstung von der Roten Armee und in den nächsten Jahren von der Polnischen Armee. Auch erhielt er »inoffizielle Kontingente der UNRRA-Lieferungen«,¹⁹ deren Umfang mir nicht bekannt ist.

Jedenfalls handelt es sich hier um einen riesigen zentralisierten Apparat (die regionalen Struktureinheiten unterstanden nicht der regionalen Verwaltung), der für die damalige Zeit gar nicht übel ausgestattet war.

Ernährt und bezahlt wurde er nach den Normen für Armee-Offiziere. Und selbst in den Anfangsjahren (1944 bis 1948), als noch eine Koalitionsregierung und eine unabhängige sozialistische Partei existierten, war er ausschließlich den Kommunisten unterstellt. 1947 gehörten 82 Prozent der Funktionäre des Sicherheitsdienstes der Polnischen Arbeiterpartei, das heißt der Kommunistischen Partei an und nur 2,4 Prozent waren Mitglieder der Koalitionspartei, das heißt der Polnischen Sozialistischen Partei. Weniger als ein Prozent der Funktionäre kam aus den sogenannten »Bündnis-Parteien«.²⁰ Auf der Leitungsebene war das Bild noch eindeutiger: 1953 waren von 1 455 leitenden Mitarbeitern 1 429 Mitglied der Kommunistischen Partei.²¹ Einige der prominentesten »Tschekisten« saßen im zentralen Parteiapparat, etwa im Zentralkomitee und in der Parteikontrollkommission. Die Leiter der regionalen Ämter wurden automatisch Mitglied der Wojewodschafts- oder Kreisleitungen. Sicherheitsminister Radkiewicz hatte von Dezember 1945 bis Dezember 1954 einen Sitz im Politbüro inne.

Die Bedingung, daß nur Personen eingestellt werden durften, die »aus politischer Überzeugung der Demokratie ergeben sind«²² sowie die Notwendigkeit einer schnellen Anwerbung möglichst vieler hauptamtlicher Mitarbeiter, wirkten sich natürlich nachteilig auf das intellektuelle Niveau des Sicherheitsapparates aus. Im Herbst 1945 hatte etwa ein Drittel aller Mitarbeiter keinen Grundschulabschluß und 1953 noch immerhin ein Fünftel.²³ Der Sicherheitsdienst zog die Jugend aus den Dörfern und Kleinstädten an. Als besonders ehrenvoll propagiert, bedeutete er für sie gesellschaftliches Prestige, doch manch einer flüchtete sich in ihn auch nur vor der Arbeitslosigkeit oder der Armee, ohne politische oder ideologische Motivation. Einige Karrieren nahmen in der Tat einen erstaunlich schnellen

¹⁸ AAN, Prezydium Rady Ministrow (Das Präsidium des Ministerrates), Bd. 6/322f., 326, 329, 334 und 341.

¹⁹ AAN, Najwyższa Izba Kontroli (Der Rechnungshof), Bd. 147, S. 84.

²⁰ Informator o stanie zatrudnienia w Sluzbie Bezpieczenstwa i Sluzbie Milicji w latach 1945–1953 (Auskunft über den Beschäftigungsstand im Sicherheitsdienst und in der Polizei in den Jahren 1945–1953). Warschau (o. J.), S. 20.

²¹ Ebenda, S. 31.

²² Instrukcja o funkcjonowaniu Wydziału Personalnego Resortu (Instruktion über die Tätigkeit der Personalabteilung des Sicherheitsdienstes) vom November 1944, Archiv der Außenstelle des Amtes für Staatsschutz in Lublin – künftig: ADOUP, Sgn. 24/3, S. 117. Unter der Formulierung »der Demokratie ergeben« war »dem Kommunismus ergeben« zu verstehen.

²³ Auskunft über den Beschäftigungsstand; ebenda, S. 22.

Verlauf. Nicht selten geschah es, daß Zwanzigjährige, ohne jegliche Vorbereitung, Ermittlungsoffiziere wurden und Vernehmungen führten, meist nicht ohne ihre Opfer zu mißhandeln und zu demütigen. Zu ihren Opfern gehörten Frauen, die ihre Mütter hätten sein können, Offiziere, Häftlinge aus Nazi-Lagern, Untergrundkämpfer, Politiker und Professoren. Auf der unteren Ebene des Apparates kam es zu einer beträchtlichen Fluktuation. Allein von 1945 bis 1946 sind etwa 25 000 Mitarbeiter aus der Staatssicherheit wieder ausgeschieden (so daß ein fast vollständiger »Austausch« stattfand). Viele davon wurden aus disziplinarischen Gründen, wegen Machtmißbrauchs oder krimineller Delikte entlassen.

Auf der oberen Ebene war die Lage vergleichsweise stabiler. Zwei Drittel der 450 leitenden Angestellten blieben von ihrer Einstellung im Jahre 1944 bis zur Auflösung des Ministeriums 1956 in ihrem Amt. Die Leiter auf der Wojewodschafts- und Kreisebene bildeten ebenfalls einen weitgehend festen Personalstamm, auch wenn sie verhältnismäßig oft versetzt wurden. Als Zeichen der Stabilität mag die Tatsache gelten, daß der Minister und seine engsten Mitarbeiter von 1944 (die Vizeminister Roman Romkowski und Mieczyslaw Mietkowski) zehn Jahre lang ihre Funktionen innehatten. Ähnliches gilt auch für die Direktoren der Departements (zum Beispiel Mikolaj Orechwa – Personal, Iwan Kisielew – Finanzen, Julia Brystygierowa – politische Angelegenheiten). Die höheren Führungskräfte unterschieden sich vom »Fußvolk« durch ihr Alter, eine bessere Ausbildung und politische Erfahrung.

Ein wichtiges Moment, das sich auch auf die Verhältnisse innerhalb der Elite auswirkte, war eine KP-Mitgliedschaft seit der Vorkriegszeit. Von den circa 450 hohen Funktionären der Zentrale hatten 21 Prozent der Kommunistischen Partei Polens (KPP) oder ihrer Ableger angehört, darunter waren 131 jüdischer Abstammung, von denen 35,1 Prozent²⁴ sogar der KPP angehörten. Unter den »Vorkriegskommunisten«, deren Mehrheit im Gefängnis gesessen hatte, waren nicht nur Minister und Vizeminister, sondern auch alle Direktoren der operativen Departements und fast alle Chefs der Wojewodschaftsämter. Sie waren diejenigen, die den *esprit de corps* hochhielten und sich als Vorbild hinstellten: der Partei absolut ergeben und Inbegriff der »revolutionären Wachsamkeit« und der Bewunderung und Verehrung für die Sowjetunion und ihre Sicherheitsorgane, obwohl nicht wenige von ihnen durch sowjetische Lager gegangen, deportiert worden waren und bei der »Großen Säuberung« nicht nur ihre Führer, sondern auch Angehörige verloren hatten. Ihre Beflissenheit gegenüber dem sowjetischen Sicherheitsdienst wurde noch durch den Umstand gefördert, daß deren Gründer, Feliks Dzierżyński, ein Pole war. Anlässlich seines 25. Todestages fand eine große Feier mit Medaillenverleihung statt und ein Denkmal im Zentrum von Warschau wurde enthüllt, darüber hinaus erschienen Gedichtbände, Erzählungen und biographische Romane zu seiner

²⁴ Die Berechnungen (im Programm SPSS/PC) nahm Jaroslaw Pawlak auf der Grundlage von »Sluzba Bezpieczenstwa Polskiej Rjeczypospolitej Ludowej Centrala« 1944–1978 vor (Der Sicherheitsdienst Volkspolens 1944–1978. Die Zentrale). Warschau 1978. Bd. II beinhaltet Passagen über den Ablauf des Dienstes.

Person und eine Briefmarke mit seinem Porträt, dem des »Eisernen Feliks«, wurde herausgegeben.²⁵

Trotz der Fälle von Pflichtverletzungen²⁶ in den höheren Chargen, wie zum Beispiel Veruntreuungen oder »eine für einen Kommunisten unwürdige Lebensführung« – mit Strafen und Belehrungen wurde nicht gespart –, war der gesamte Apparat stets loyal und jederzeit einsatzbereit.

²⁵ Die besondere Wertschätzung seiner Person zeigt sich auch darin, daß noch 1977 – als (wie viele behaupten) der Glaube an den Kommunismus längst zerbrochen war – zum hundertsten Geburtstag von Feliks Edmundowicz abermals eine Briefmarke mit seinem Konterfei erschien.

²⁶ Am häufigsten ging es um die Mißhandlung von Häftlingen, oft um die Organisation von Provokationen. In beiden Fällen herrschte eine – jedenfalls für mich – unerklärliche Doppelzüngigkeit gegenüber diesen drakonischen, oft verbrecherischen Handlungen. Die Leitung verbot mehrmals, »unzulässige Ermittlungsmethoden« anzuwenden. Es kam auch vor, daß die Täter dem Gericht übergeben wurden, um dies anschließend intern in Form eines Strafbefehls bekanntzugeben. Trotzdem waren Schlagen und Foltern von 1943 bis 1954 an der Tagesordnung. Einige dieser Täter wurden verurteilt, andere, die weitaus meisten, bekamen Belobigungen und Prämien für »Erfolge«, die sie – was den Vorgesetzten nicht unbekannt war – mit »rechtswidrigen Methoden« erzielt hatten. Das war eine kriminelle Schizophrenie, sowohl unter den Leitern des Apparates und seiner Parteispitze als auch unter den Ausführenden.

3 Schild und Schwert

Im Hinblick auf die politische Situation Polens (wie auch der internationalen Arena), vor allem aber im Hinblick auf den Gegenstand meines Interesses lassen sich die Jahre, von denen ich spreche, in drei Perioden einteilen:

Die erste, die Jahre 1944 bis 1947/48 umfassend, könnte man als *Periode der Eroberung des Staates* bezeichnen. Diese Zeit wird auch oft als Bürgerkrieg bezeichnet, obwohl viele die Angemessenheit dieses Terminus in Frage stellen, da sich auf polnischem Territorium bis Sommer 1945 eine mehrere Millionen zählende fremde Armee befand, die den polnischen Konflikten nicht neutral gegenüberstand, sondern über einen mächtigen Apparat der Spionageabwehr verfügte. Nicht genug damit: Von Herbst 1944 bis Mitte 1946 haben an dem »Bürgerkrieg« die inneren Militärdiensteinheiten [sic!] des NKWD unmittelbar teilgenommen. Diese Diensteinheiten führten ständig mehrere tausend und zeitweise mehrere zehntausend Soldaten und waren den sowjetischen Beratern beim polnischen Sicherheitsdienst unterstellt. Allein auf polnischem Boden nahm der NKWD in der »Nach-Jalta-Zeit« circa 47 000 Personen fest, wovon etwa ein Zehntel (in der Regel Soldaten der polnischen Untergrundarmee) weit nach Rußland deportiert wurden. Auch ungefähr 15 000 schlesische Bergleute wurden zur Zwangsarbeit deportiert. Bis Mitte 1945 agierte der noch in den Kinderschuhen steckende polnische Sicherheitsdienst vorwiegend als Handlanger der sowjetischen Organe.²⁷ Neben Operationen »im Feld« – Verfolgung, Befriedung und Entwaffnung von Partisaneneinheiten – führte der NKWD auch subtilere Aktionen durch. Die bekannteste ist die Festnahme der Vertreter der Untergrundregierung aus der Zeit der deutschen Besetzung. Diese waren einer Einladung – wie sich später herausstellte von General Serow – zu politischen Gesprächen gefolgt. Sie wurden nach Moskau deportiert und in einem propagandistischen Schauprozeß (der Prozeß der »Sechzehn«) verurteilt.

Die polnischen Kommunisten errangen die Macht nicht nur unter dem »diplomatischen Schirm« Stalins und mit der militärischen Sekundanz der Roten Armee, sondern auch mit Unterstützung des sowjetischen Sicherheitsapparates. Er sollte sich noch bei anderer Gelegenheit als dienlich erweisen, zum Beispiel bei der Fälschung der Ergebnisse des Referendums vom Juni 1946.²⁸ Deswegen ist es tatsächlich zweifelhaft, von einem Bürgerkrieg zu sprechen. Aber es hat keinen Sinn, sich über die Bezeichnung zu streiten, selbst wenn

²⁷ Ein Beispiel: Im November 1944 ordnete der Sicherheitsdienst-Chef der Wojewodschaft Lublin an, alle Mitglieder konspirativer Organisationen, die festgenommen wurden, aber nicht vor Gericht gestellt werden konnten, »den Vertretern der Roten Armee« auszuliefern; ADOUP, Sgn. 24/3, S. 13.

²⁸ Die ersten Einzelheiten dazu veröffentlichte Nikita Pietrow: *Sztuka wygrywania wyborow* (Die Kunst, die Wahlen zu gewinnen). In: *Karta*, Nr. 18, 1996, S. 121–129. Ein Thema für sich, dem ich hier nicht nachgehen will, ist die prinzipielle Abhängigkeit der Staatssicherheit vom sowjetischen Sicherheitsapparat.

hinter dem Streit nicht nur semantische Differenzen stecken. Eingedenk der vielen Umgekommenen und Hingerichteten der ersten Jahre muß man feststellen, daß hier alles übertroffen wurde, was man gemeinhin »politischen Kampf mit außerordentlichen Mitteln« nennt. Obwohl bis heute keine fundierten und genauen Berechnungen vorliegen, kann man schätzungsweise sagen, daß auf antikommunistischer Seite ungefähr 10 000 Menschen getötet wurden.²⁹ Die Verluste auf seiten des Regierungslagers sind schwer einzuschätzen. Ich nehme jedoch nicht an, daß es sich zusammen mit den getöteten Aktivisten der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) und den Verwaltungsbeamten um mehr als vier- bis fünftausend Menschen handelte. Die Schwierigkeiten rühren daher, daß in den Statistiken von damals, zur Anzahl derer, die von Partisanen getötet wurden, die Opfer von Banditenüberfällen hinzugerechnet wurden.

Das Kräfteverhältnis zugunsten des Regierungslagers war – selbst wenn wir die in Polen agierenden Einheiten des NKWD nicht berücksichtigen – erheblich, und es wurde immer größer. Nach den leider wenig präzisen Schätzungen überstiegen die Militäreinheiten des um die Freiheit kämpfenden (oder wenn man will: des antikommunistischen) Untergrunds kaum ein paar tausend Soldaten, obwohl ihre Basis zweifellos ein Vielfaches war. Die Ausrüstung war gut, etwa so (oder besser) wie die der elitären Einheiten, die zuvor gegen Deutschland gekämpft hatten. Der größte Teil der konspirativen Gruppen ging nach dem Prinzip der akuten Mobilisierung vor, um eine Aktion durchzuführen. Danach lösten sich die Gruppen auf und jeder kehrte zu seiner »zivilen« Tätigkeit zurück. Am spektakulärsten waren Aktionen, bei denen Verhaftete befreit werden sollten. Die erste fand schon im August 1944 statt. Mit Ausnahme einiger weniger (wie zum Beispiel das NKWD-Lager in Rembertow bei Warschau, Gefängnisse in Krakau, Kielce, Bialystok oder Tarnow) waren es Haftanstalten der lokalen Sicherheitsorgane, gegen die sich diese Aktionen richteten. Sie hatten also Selbstverteidigungscharakter. Der Kampf des, wie es in der offiziellen Propaganda und auch in der späteren Geschichtsschreibung hieß, »reaktionären Untergrunds« war faktisch nur von lokaler Bedeutung, oftmals sogar fast ein »Dorfkrieg«. Zwar gab es in einigen Gegenden Gebiete, die von Partisanen kontrolliert wurden (vor allem von Mitte 1945 bis Herbst 1946), doch selbst die größten Partisaneneinheiten haben nur selten auf Kreisstädte, nie indes (abgesehen von der Häftlingsbefreiung) auf Wojewodschaftsstädte Angriffe unternommen. Auch wurden keinerlei Attentate auf hohe Partei- und Staatsfunktionäre verübt³⁰ und keine Züge oder Industrieanlagen gesprengt. Ebenso wenig wurden Militäreinheiten angegriffen, was in politischer und technischer Hinsicht verständlich gewesen wäre.

²⁹ Turlejska, Maria: *Te pokolenia zalobami czarne. Skazani na smierc i ich sedziowie 1944–1954* (Die Generationen des »schwarzen« Trauerns. Zum Tode Verurteilte und ihre Richter 1944–1954). London 1989, S. 75.

³⁰ Das einzige wirklich hochrangige Opfer war General Karol Swierczewski, Vizeminister im Verteidigungsministerium, der im April 1947 durch eine von den Partisanen der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) organisierte Falle ermordet wurde. Wie die neueste Forschung belegt, wußten die Organisatoren dieser Falle nicht, daß sich in dem durch sie angegriffenen Konvoi einer der Helden der Internationalen Brigaden in Spanien, »General Walter«, befand.

Noch unzureichend untersucht, doch auf den ersten Blick sichtbar, ist der Verzicht auf die angewandte »Zuckerbrot- und- Peitsche«-Taktik, wie sie in den Jahren 1944/45 angewendet wurden. Sie hatte der intensiveren Bekämpfung des Untergrunds gegolten, in dem Bestreben, die Partisaneneinheiten aus den Wäldern »herauszuziehen« und die konspirativen Gruppen herauszufinden. Ihre Krönung war eine Amnestie vom August 1945 und die Berufung von »Verifikationskommissionen«, die sich sowohl aus Vertretern der Heimatarmee Armia Krajowa (AK) als auch der Staatssicherheit zusammensetzten. Allerdings waren schon im Sommer 1944 Gespräche mit den inhaftierten lokalen Führern geführt und mit ihnen sogar Dekonspirationsabkommen geschlossen worden. Diese Abkommen verpflichteten sie, die Einheiten aufzulösen und die Waffen abzugeben und sicherten ihnen im Gegenzug zu, die Dekonspirierten nicht zu verfolgen, unter Umständen sogar, Inhaftierte freizulassen. 1946 wurde das »Zuckerbrot« weggesteckt und es begann ein gnadenloser Kampf gegen den inzwischen schwächer gewordenen Gegner. Der Hauptgrund für diesen »weicheren Kurs« lag anscheinend darin, daß die Konspiration noch vor den Wahlen zerschlagen werden sollte. Im Winter 1946 wurden starke Militäreinheiten einbezogen und es wurde eine Staatliche Sicherheitskommission gebildet, der der Verteidigungsminister und der Minister für Öffentliche Sicherheit vorsahen. An manchen »Säuberungs«-Operationen nahmen mehrere tausend Bewaffnete aus der Armee, der KBW, der MO, der Staatssicherheit und dem NKWD teil. Die Operationen brachten zwar Erfolge, forderten aber freilich oftmals unter der Zivilbevölkerung Tausende von Opfern, da sie häufig den Charakter einer allgemeinen Säuberung annahmen. Das wachsende Mißverhältnis der Kräfte und der technischen Mittel zeigt sich zum Beispiel darin, daß 1947 bei den Operationen der »Stasi«-Abteilung »Kampf gegen Banditen« 1 500 »Banditen« getötet wurden, während die eigenen Verluste bei 136 Funktionären lagen.³¹ Aus solchen Disproportionen geht hervor, daß sich der Kampf mit dem Untergrund zunehmend in ein Abschlachten von Menschen verwandelte. Um den gesellschaftlichen Hintergrund der Partisanenbewegung zu terrorisieren, wurden Massenverhaftungen vorgenommen, eine Taktik, die nicht nur den Gegner ausschalten, sondern auch Angst unter der Bevölkerung schüren sollte. Die Abteilung »Kampf gegen Banditen« gab in ihrem Bericht für das Jahr 1947 an, daß allein ihre Einheiten fast 33 000 Personen verhaftet hatten, von denen 10 500 vor Gericht gestellt wurden.³² 1946 wurden bei diesen Aktionen mindestens 34 500 Personen festgenommen.

Die offiziellen Gefängnisstatistiken besagen, daß von 1945 bis 1947 die Anzahl der politischen Häftlinge nicht mehr als 20 000 bis 27 000 betrug, was aber höchstwahrscheinlich stark untertrieben ist. Zu dem Repressionssystem gehörte, daß viele der Festgenommenen ohne staatsanwaltliche Verfügung mehrere Wochen oder Monate in den örtlichen

³¹ CA MSW, Sgn. 17/IX/36, Bd. 3.

³² Ebenda, Bd. 2.

Untersuchungsgefängnissen der Staatssicherheit festgehalten und dort »zur Abschreckung« gefoltert – und sei es durch Nahrungsentzug – und geschlagen wurden. Vor den Wahlen vom Januar 1947 griff man zum Beispiel zu der Taktik, die Festgenommenen alle 24 Stunden (womit der Schein der Legalität gewahrt wurde) von einer Polizeidienststelle zur anderen zu überführen. Der Chef des Sicherheitsamtes der Wojewodschaft Bromberg teilte mit, daß dies bei 22 000 Mitgliedern der oppositionellen (aber legalen) Polnischen Bauernpartei praktiziert wurde.³³ Es scheint, daß diese Angabe nicht auf das ganze Land übertragen werden kann, doch immerhin ist bekannt, daß die Idee der »Wanderhäftlinge« auch in anderen Regionen in die Tat umgesetzt wurde. Eine andere Methode, politische Gegner auszuschalten, waren Meuchelmorde, verübt von Kampftruppen der Kommunistischen Partei, von Funktionären der Staatssicherheit oder Polizisten.³⁴ Die Opfer dieser Verbrechen hatten sowohl konspirativen Gruppen als auch legalen Parteien angehört.

Ich meine, unabhängig davon, ob wir es »Bürgerkrieg« oder »blutige Auseinandersetzung« mit dem unabhängigen und antikommunistischen Untergrund oder der legalen Opposition nennen, kann man sagen, daß die ersten Jahre des Aufbaus der »Volksmacht« Jahre des Massenterrors waren. Wie sollte man es auch anders nennen, wenn innerhalb von kaum vier Jahren von den Verhaftungen und Inhaftierungen der Staatssicherheit und des NKWD mindestens 150 000 bis 200 000 Menschen betroffen waren, von denen nur ein kleiner Teil mit der Waffe gekämpft hatte.

Im Laufe des Jahres 1947 wurde der offene, sowohl bewaffnete als auch politische Widerstand gebrochen. Als die entscheidenden Momente dafür gelten: die Fälschung der Wahlen in den Sejm und die Präsentation der gefälschten Ergebnisse in der Öffentlichkeit (auch der westlichen); die anschließende Amnestie, in deren Rahmen 50 000 Personen ihre Zugehörigkeit zu konspirativen Organisationen eingestanden (während des Krieges und danach). Das bedeutete, daß fast der ganze Hintergrund der aktiven Partisanengruppen dekonspiriert wurde; die Flucht des Führers der größten und *de facto* bereits einzigen oppositionellen Partei von Stanislaw Mikolajczyk (Oktober 1947); die kurz danach folgende Verhaftung eines der drei Führer des größten Konspirationszentrums (die beiden anderen waren bereits im Gefängnis).

Der Widerstand wurde nicht nur physisch, sondern auch psychisch gebrochen. Auch die internationale Situation ließ keinen Zweifel daran, daß jeder weitere Widerstand in organisierter und breitangelegter Form aussichtslos war, da sich weder Washington noch London willens oder imstande zeigten, sich für die Verfolgten einzusetzen.

³³ AAN, Sgn. R-79: Rapport-Sammlung »Walka z reakcyjnym podziemiem« (»Der Kampf gegen den reaktionären Untergrund«), Lehrstuhl für Parteigeschichte; ZK PVAP 1961, S. 110.

³⁴ Als Gomulka im Mai 1945 Dimitrow die Situation in Polen darstellte, erklärte er: »Wir haben die Parteimitglieder bewaffnet, aber danach ist es zu Fällen von Selbstjustiz gekommen. Die Parteimitglieder fragten niemanden, sondern gingen und mordeten. Es kam vor, daß sie jemanden in der Stadt töteten und seinen Leichnam demonstrativ auf die Straße warfen.«

Und dennoch, am 1. Januar 1948 saßen 26 400 politische Häftlinge ein, ein Jahr darauf bereits 32 200, am 1. Juni 1950 35 200 und am 1. Oktober 1952 sogar 49 500 (nach offiziellen Angaben).³⁵ Bis 1953 schwankte die Zahl der Inhaftierten jährlich zwischen 12 000 und 15 000. Im »Rekordjahr« 1952 wurden 21 300 Menschen inhaftiert.³⁶

In den ersten Jahren der »Volksmacht« war das Ausmaß der Repressionen (die jährlich zigtausend Verhafteten, die »Wanderhäftlinge«, die Tötung von etlichen tausend Partisanen im Kampf oder bei der Verfolgung, die Hunderte von Todesurteilen, die Übergabe aller »politischen« Fälle an die Zuständigkeit der Militärgerichte, die kommunistischen Todeschwadronen usw.), durch das Ausmaß und die Formen des Widerstandes bedingt. In dieser Zeit war eine recht ausgedehnte Untergrundbewegung aktiv. Einige ihrer Organisationen wie die »Vereinigung Freiheit und Unabhängigkeit« oder der »Nationale Militärverein« verfügten über eine landesweit ausgebaute Verwaltungsstruktur und führten zahlreiche Propagandaaktionen durch.³⁷ Zwischen der Heimat und der Emigration bestand eine systematische Kurierverbindung, die größeren Partisaneneinheiten konnten für wichtige Aktionen Hunderte Bewaffnete mobilisieren, und die oppositionelle Bauernpartei (PSL) war die größte politische Partei.³⁸ Im Referendum vom 30. Juni 1946, das im Grunde genommen den Charakter eines Plebiszits hatte, sprachen sich etwa drei Viertel gegen die kommunistische Hegemonie und die Abhängigkeit von der Sowjetunion aus.³⁹ Es war klar, daß bei einer demokratischen Wahl die Kommunisten und deren Verbündete keine Chance gehabt hätten, an der Macht zu bleiben, jener Macht, die sie von Stalin »geschenkt« bekamen. Freilich sollte man die verschiedentlichen Versuche der Kommunisten, sich vor der Öffentlichkeit zu legitimieren, nicht übergehen. Sie stützten sich weitgehend nicht auf Werbung durch revolutionäre Losungen, sondern auf geopolitische (die Sowjetunion als Garant der Westgrenze) und »allgemeindemokratische« Argumente (die Kommunisten als einzige Kraft, die Reformen durchsetzen kann). Es steht außer Frage, daß bestimmte Bevölkerungsgruppen die Kommunisten unterstützten, weil sie ihnen einen gesellschaftlichen Aufstieg verdankten. All das hat aber

³⁵ Die Angaben für 1952 umfassen auch Naziverbrecher und Personen, die mit dem Dritten Reich kollaboriert hatten.

³⁶ CA MSW, Sgn. 17/IX/34. Die meisten Festnahmen gab es wegen Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation (4 445 Personen) und wegen »feindlicher Propaganda« (4 305 Personen).

³⁷ Nach heutigem Wissensstand wurden von 1944 bis 1953 460 Zeitschriften (im Rekordjahr 1945 erschienen 281 Titel), 180 Broschüren und Bücher und 1 250 Flugblätter herausgegeben. Vgl. Wladyslaw Chojnacki: Bibliografia polskich publikacji podziemnych wydanych pod rządami komunistycznymi w latach 1939–1941 i 1944–1953 (Bibliographie der polnischen Untergrundliteratur unter der kommunistischen Herrschaft der Jahre 1939–1941 und 1944–1953. Warschau 1996).

³⁸ In den Monaten Januar bis März 1946, bevor sie den ersten großen Attacken seitens der Staatssicherheit ausgesetzt war, zählte die Polnische Bauernpartei (PSL) noch 650 000–700 000 zahlende Mitglieder, mehr als die Polnische Arbeiterpartei (PPR) und die Polnische Sozialistische Partei (PPS) zusammen.

³⁹ Nach geheimen Unterlagen unter dem Titel »Dreimal Ja« aus dem ZK der PVAP, die erst nach 1989 bekannt wurden, stimmten 26,9 % der Wähler gemäß dem Aufruf des durch die Kommunisten dominierten »Demokratischen Blocks« dreimal mit »Ja«. Vgl. Referendum z dnia 30 czerwca 1946 r. Przebieg i wyniki (Referendum vom 30. Juni 1946. Verlauf und Ergebnisse, bearbeitet von A. Paczkowski. Warschau, 1993).

unterstützten, weil sie ihnen einen gesellschaftlichen Aufstieg verdankten. All das hat aber nicht genügt. Um den Sieg zu sichern, waren die Staatssicherheit, der KBW und der NKWD notwendig.

Als spätestens 1948 der Sieg errungen war, wurde (abgesehen vom »Abzug« der NKWD-Truppen) der Sicherheitsdienst keineswegs verkleinert, im Gegenteil. Nach der Bekanntgabe des »Wahlerfolgs« und einer kurzen Unsicherheitsphase, in der über Umfang und Aufgaben der Staatssicherheit nachgedacht und der Mitarbeiterbestand sogar etwas verkleinert wurde,⁴⁰ begann die Führungsebene schon im Frühjahr 1948 die Atmosphäre wieder anzuheizen. »Man könnte sagen, daß wir gewonnen haben; wir haben die Reaktion zerschlagen. Was würde das in Wirklichkeit bedeuten?«, fragte rhetorisch Radkiewicz bei einer Instruktion der Leiter der Wojewodschaftsämter. »Das würde nicht nur politische Blindheit bedeuten, vom Standpunkt des Klassenkampfes [...] sogar Kapitulation«, und fügte hinzu: »Wir können uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen.«⁴¹ Parolen dieser Art wurden bei späteren Instruktionen viele Male wiederholt und die Vorgesetzten pflegten fast ständig (auch zum Beispiel in ihren Befehlen und Mitteilungen) die Uneffektivität und Passivität des ihnen unterstellten Apparates zu beklagen. Immer wieder wurde das Argument beschworen – aus der tschekistischen Praxis in der Sowjetunion bestens bekannt –, daß der Feind sich immer tiefer verstecke, immer schwerer zu finden und zu entlarven sei, da er in »scheinbar« nichtorganisierter Form auftrete.⁴² Er niste sich im Staatsapparat ein und betreibe Sabotage in der Wirtschaft. Unter dieser Prämisse fing die *neue Periode* an, die die Jahre 1948/49 bis 1954/55 umfaßt.

Im Februar 1949 führte die Parteispitze (der schon vereinigten Partei) eine »Generalüberprüfung« des Sicherheitsdienstes durch. Man prangerte »Erscheinungen von Selbstberuhigung«, »ungenügende Wachsamkeit«, »ernste Mängel der Organisationsstruktur« und »Unterschätzung der entscheidenden Rolle der Agenturen«⁴³ an – all dies unter dem Gesichtspunkt der »zunehmenden« und »fortgesetzten Aktivität« des Feindes in verschiedenster Gestalt und der »Verschärfung des internationalen Klassenkampfes«. Es wurde eine ständige Kommission des Politbüros für Sicherheitsfragen gebildet, an deren Spitze Boleslaw Bierut

⁴⁰ Schon 1947 wurde der Mitarbeiterbestand um ca. 1 000 Personen reduziert. Informator o stanie zatrudnienia... (Informator über den Beschäftigungsstand...), S. 9 (Anm. 20).

⁴¹ Protokoll in: Aparat bezpieczenstwa w latach 1944–1956. Taktyka, strategia, metody. Czesc II: lata 1948–1949 (Der Sicherheitsapparat in den Jahren 1944–1956. Taktik, Strategie, Methoden. Teil II: Die Jahre 1948–1949), bearbeitet von A. Paczkowski. Warschau 1996, S. 70.

⁴² Als »klassisch« in dieser Hinsicht läßt sich eine Analyse bezeichnen, die sich mit »Elementen aus der Vorkriegszeit« befaßt. Sie wurde 1952 im III. Departement erstellt. Hier ein Zitat: »Eine andere Form der Aktivität [...] ist die Aufnahme und Pflege (angeblich) gesellschaftlicher Kontakte. Die Kontakte werden unter verschiedenem Vorwand wie: Kartenspiel, gemeinsame Ausflüge, gegenseitige Besuche u. ä. unterhalten«. Auf der Linie »Vorkriegspolen« wurden 1952 fast 1 400 Personen festgenommen (CA MSW, 17/IX/36, Bd. 7).

⁴³ Der volle Text der »Rezolucji Sekretariatu KC PZPR w sprawie pracy organow bezpieczenstwa« (Resolution des Sekretariats des ZK der PVAP zur Arbeit der Sicherheitsorgane). In: Czesc II: Aparat bezpieczenstwa w latach 1948–1949 (Teil II: Der Sicherheitsapparat in den Jahren 1948–1949). Warschau 1996, S. 18–21.

Mitglied der Kommission sowie die »rechte Hand« von Bierut und die »Nummer zwei« im Staate. Berman beschränkte sich nicht auf die Einschätzung der politischen Lage, sondern belehrte die Anwesenden eindringlich, zum Beispiel über die Rolle des Ermittlungsverfahrens oder des Agenturnetzes. Auch ermahnte er sie: eine »schwache Wirksamkeit der feindlichen Aktionen« bedeute nicht, daß der Feind besiegt sei, sondern daß er »lauert und sich auf den Sprung vorbereitet«. ⁴⁴ Bedenkt man, was für Erfahrungen die meisten der Beratungsteilnehmer hatten, läßt sich denken, daß sie nicht lange überzeugt werden mußten. Sie wußten nur zu gut, manche aufgrund der eigenen Erlebnisse, was »Verschärfung des Klassenkampfes« heißt und welche Schlußfolgerungen sie daraus zu ziehen haben. Nichts deutet darauf hin, daß auch nur ein einziger von ihnen Bedenken oder Zweifel geäußert hätte, obwohl sicherlich nicht alle mit demselben Enthusiasmus die Richtlinien annahmen.

Es läßt sich denken, daß diejenigen, die nicht zusätzlich ermuntert zu werden brauchten, sich in der Mehrheit befanden. Aber es fällt auf, daß in den Aussprachen auf der Leitungsebene immer wieder zur Aktivität aufgerufen und die Notwendigkeit, die Richtlinien der Partei einzuhalten, hervorgehoben wurde. »Die Repressionspolitik«, belehrte Radkiewicz im April 1951 seine Untergebenen, »entspringt einer konkreten Situation [...], sie muß der Partei und der Volksmacht bei der Lösung der aktuellen Probleme dienen und helfen [...], sie muß beweglich und stets aktuell sein.« – »Begründete, politisch richtige und angemessene Repression«, erklärte er ferner, »hilft dem Staat, seine angestrebten politischen Ziele zu erreichen; eine unbegründete, zufällige und unüberlegte Repression erschwert der Regierung das Erreichen ihrer politischen Ziele und ist daher besonders schädlich.« ⁴⁵

Obwohl den Untergebenen eingeschärft wurde, daß »die Repressionspolitik mit weitgehender Einfühlung« geführt werden müsse, schlug das Schwert der Staatssicherheit breit und dicht zu. Der Apparat, wie gesagt, vergrößerte und spezialisierte sich. Aus dem Bereich, der sich mit der »Abwehr von Wirtschaftsspionage« beschäftigte, wurden die Abteilungen zur Sicherung des Verkehrswesens (1950) und der Schwer- und Spezialindustrie (1953) herausgenommen. Aus dem sogenannten »öffentlich-politischen« Department gingen 1950 das Büro für Sonderaufgaben (darüber gleich mehr) und 1953 die Abteilung für Kirchenfragen hervor. Die Staatssicherheitsstrukturen drangen immer tiefer in die Wirtschaft ein. Im Sommer 1949 vereinheitlichte man die Arbeitsprinzipien der Referate der Abwehr und richtete jeweils mit mehreren Mitarbeitern Stasi-Stellen direkt in Betrieben ein. Mit der Zeit entstanden diese Stellen in Hunderten von Betrieben und banden insgesamt über 1 500 Funktionäre, deren Gehalt natürlich der Betrieb tragen mußte.

Die grundsätzliche Richtlinie, die der These vom »sich zuspitzenden Klassenkampf«, trug dem Rechnung, daß hinter allen Handlungen, die man für feindlich hielt, gut maskierte »Hintermänner« steckten; man müsse also die Anstifter finden. Manchmal heißt es, das

⁴⁴ Die vollständige Rede: ebenda, S. 141–146.

⁴⁵ CA MSW, 17/IX/77, Bd. 7, S. 47 f.

niedrige intellektuelle und fachliche Niveau oder der Ehrgeiz und Übereifer der einfachen operativen Mitarbeiter seien der Hauptgrund für die Massenrepression und die Grausamkeiten bei den Vernehmungen gewesen. Aber hören wir hin: »Die Analyse der Brände zeigt eindeutig, daß sie ein Ausdruck des sich zuspitzenden Kampfes des Kulakentums auf dem Lande sind. Und es ist bedauerlich, daß es Genossen gibt, die sich [...] in ihren Rapporten nur allzu leicht davon ablenken lassen, indem sie schreiben – Kinder hätten den Brand gelegt. Und hinter Kinder wird man die Nase nicht weiter stecken, man wird nicht prüfen, wer sich hinter ihnen verbirgt, wer sie angestiftet, wer ihnen den Boden dafür bereitet hat.« So äußerte sich nicht etwa ein Provinzsatrap, sondern der Chef des Sicherheitsdienstes, Mitglied des Politbüros, einer der mächtigsten Männer im Staate, und zwar ein halbes Jahr nach Stalins Tod.⁴⁶ Da ist es nicht verwunderlich, daß jede Havarie in einer Fabrik, einer Kohlengrube oder bei der Bahn vor allem ein Problem für die Staatssicherheit und erst später, wenn überhaupt, für eine Fachkommission wurde; dabei lagen die Dinge viel einfacher – überall waren schlecht ausgebildete und schlecht bezahlte junge Leute beschäftigt, die mit dem »Plansoll« angetrieben wurden und meistens mit veralteten Maschinen arbeiteten.

Zeichen von Klassenkampf entdeckte man indessen nicht nur in den Katastrophen und Havarien. Eine »Analyse feindlicher Tätigkeit in der Volkswirtschaft« von 1952 benannte folgende Erscheinungen als Aktivitäten des Feindes: »Nichterfüllung des Produktionsplans«, »Rücktritt von sowjetischen Lizenzen«, »organisierter Betrug bei der Qualitätskontrolle und Auslieferung schlechter Produktion«, »Sabotage auf dem Gebiet der Investition«, »Qualitätsmängel, die zu Havarien führen«, »mangelhafte Versorgung und Kooperation«.⁴⁷ Wenn es nach der Aufdeckung dieser »Verfehlungen« mit einer Geldstrafe oder fristlosen Kündigung nur sein Bewenden gehabt hätte! Ebenso schnell bei der Hand war man offensichtlich mit Verhaftungen. Allein von Januar bis Mai 1952 wurden von zwei »Bereichen« der »Wirtschaftsabwehr« (Industrie und Verkehrswesen) circa 6 400 Personen verhaftet.⁴⁸ Wenn der Verhaftungspegel das ganze Jahr so hoch war, müssen 15 000 Personen die Gefängnisse gefüllt haben.

Ein anderes Feld, auf dem die Staatssicherheit eine üppige Ernte einfuhr, war die sogenannte »S«-Aktion, das heißt, die Kontrolle der bäuerlichen Sollablieferungen (das »S« kommt vom Anfangsbuchstaben des Wortes »skup«, Aufkauf). Diese Aktionen wurden ab 1950 durchgeführt. Zu Anfang waren sie noch »bescheiden«. 1951 wurden nach der Ernte (das heißt im letzten Quartal) 900 Bauern verhaftet und in sorgfältig ausgesuchten Fällen organisierte »Schauprozesse in der Gemeinde« veranstaltet, bei denen im November 1951 121 Personen verurteilt wurden (darunter zwei zu Lebenslänglich und 17 zu über fünf Jahren

⁴⁶ Ebenda, Bd. 10, S. 48.

⁴⁷ CA MSW, 17/IX/121, Bd. 1.

⁴⁸ CA MSW, 17/IX/41, Bd. 1. Es lohnt sich, am Rande anzumerken, daß solche Verbrechen wie Diebstahl (der Werkzeuge und der Produkte usw.) und Unterschlagung zum Zuständigkeitsbereich der Volkspolizei gehörten und hier nicht genannt werden.

Gefängnis).⁴⁹ Nach einem Bericht des Departements für Strafvollzug befanden sich jedoch am 28. September 1954 7 355 Bauern in Haft wegen Nichterfüllung des Solls, von denen 5 350 verurteilt waren⁵⁰; also »die Neuen«, die Dazugekommenen, waren circa 2 000 Bauern (im Prinzip »Kulaken«).

Im Oktober 1950 kam es zu einer der spektakulärsten Massenoperationen, der sogenannten Aktion »K«. Sie sollte ein »einmaliger Schlag im Rahmen der sich allgemein verschärfenden Repressionspolitik gegenüber zunehmenden Erscheinungen feindlicher Untergrundaktivitäten« sein.⁵¹ Die einzelnen Wojewodschaftsämter nahmen insgesamt 13 800 Personen ins Visier, doch nach einer von der Zentrale ausgegebenen Korrektur wurden schließlich 4 700 Personen in einer Nacht festgenommen. Als die oberste Leitung die Operation analysierte, wurde intern klar, welches Ausmaß sie angenommen hatte, was man paradox »*Prophylaxe post factum*« nennen kann. Die Festnahmen fußten nämlich auf Anschuldigungen, die sich auf frühere Handlungen bezogen und meist längst fallengelassen worden waren. Im März 1951 zum Beispiel saßen in den Untersuchungsgefängnissen von fünf Wojewodschaftsämtern 42 bis 70 Prozent⁵² Personen wegen politischer Delikte ein, die noch auf die Zeit vor der Amnestie des Jahres 1947 zurückgingen. Obwohl der Minister diese Praxis verurteilte, kam es 1949 dennoch zu einer Verhaftungsserie, die sich im wesentlichen gegen ehemalige Soldaten der Landesarmee und Aktivisten der »Organisation Freiheit und Unabhängigkeit« (WiN) richtete, und zwar aufgrund eines Ministeriumsbeschlusses. Es handelte sich hier um Personen, die schon einmal inhaftiert und sogar verurteilt wurden, dann aber in den Genuß der »gütigen Amnestie« gekommen waren. Da also ein Ministeriumsbeschluß erlaubt hatte, ehemalige Führer der Konspiration (wie Oberst Jan Mazurkiewicz, genannt »Radoslaw« oder Oberst Jan Rzepecki, Gründer der WiN), die schon einmal in Haft waren, wieder ins Gefängnis zu stecken, begann sich die Provinz eines gleichen zu befleißigen, egal, was der Minister gesagt hatte. Sicherlich bestand eher eine Chance, eine Prämie für eine »richtige Festnahme« zu bekommen, als die Gefahr, wegen Nachlässigkeit gerügt zu werden.

Eines der häufigsten »Verbrechen« in den Statistiken war, pauschal gesagt, »feindliche Propaganda«. Ihrer Bekämpfung nahmen sich alle operativen »Bereiche«, einschließlich der Abteilung für Wirtschaftsspionageabwehr an. Nach den unvollständigen Angaben für das Jahr 1952 stellten die für »feindliche Propaganda« Inhaftierten 20 Prozent aller Personen dar, die in diesem Jahr eingesperrt wurden.⁵³ Unter dem Begriff »feindliche Propaganda« faßte man folgende Handlungen zusammen: »Mundpropaganda« (das Weitertragen von Klatsch und

⁴⁹ CA MSW, 17/IX/28, Bd. 3.

⁵⁰ CA MSW, 17/IX/46.

⁵¹ CA MSW, Normativakten, Bd. 15.

⁵² Angaben aus der Rede von Minister Radkiewicz; CA MSW, 17/IX/77, Bd. 7.

⁵³ CA MSW, 17/IX/34.

Gerüchten, Informationen usw.),⁵⁴ »Flugblätter und Schmähschriften« verbreiten, »gemeinschaftliches Hören von [ausländischen] Rundfunksendern«, »feindliche Äußerungen auf Versammlungen« und »feindliche Predigten«. Minister Radkiewicz erklärte 1951, daß die »Mundpropaganda eine der wichtigsten Tätigkeitsformen« sei, »die sich der Feind in allen Schattierungen und Arten« zu eigen gemacht habe. Gleichzeitig mahnte er aber Besonnenheit an, mit der Begründung, daß 56 Prozent der aufgrund dieses »Paragrafen« Festgenommenen »normale Menschen der Arbeit« geworden seien.⁵⁵ Charakteristisch für die Bedeutung, die diesen »Vergehen« beigemessen wurde – heute würden wir sie »Unterlaufen des staatlichen Monopols auf Information« nennen – war die Tatsache, daß auch Instanzen, außerhalb der Staatssicherheit, wie zum Beispiel die Sonderkommission zum Kampf gegen Kompetenzüberschreitung und Mißwirtschaft, Strafen für »feindliche Propaganda« verhängten. Von 1951 bis 1953 wurden auf diesem Wege 4 300 Personen verurteilt.⁵⁶

Sowohl die Häftlingszahl als auch die »Schlagrichtungen« zeigen deutlich, daß es in der Repressionspolitik nicht nur und nicht primär um die Bekämpfung konspirativer Gruppierung (sie waren nicht zahlreich, außerdem völlig zersplittert),⁵⁷ sondern um Terror, der die Einschüchterung der Bevölkerung zum Ziel hatte. Der Platz in der Gesellschaft spielte dabei keine Rolle, obwohl manchem Tschekisten schon die Hände gezittert haben mußten, wenn er einen Arbeiter oder einen »kleinen Bauern« verhaftete und dann verhörte – Personen aus einer Bevölkerungsschicht, die ihm klassenmäßig am nächsten stand und am häufigsten Repressalien ausgesetzt war. Unter den 4 500, die 1951 der Bereich »Kampf gegen den Untergrund« verhaftete, waren 80 Prozent Bauern (nicht »Kulaken«; die wurden gesondert gezählt) und Arbeiter.⁵⁸ In den ersten Jahren wurden zwar sehr viele, die sich in Wirklichkeit in keiner

⁵⁴ Inhalte dieses »Buschfunks« sind in der interessanten Arbeit von Dariusz Jarosz und Maria Pasztor dargestellt: *W krzywym zwierciadle. Polityka władz komunistycznych w Polsce w swietle plotek i poglosek z lat 1949–1956* (Im Zerrspiegel. Die kommunistische Politik in Polen im Licht von Klatsch und Gerüchten in den Jahren 1949–1956). Warschau 1995.

⁵⁵ CA MSW, 17/IX/77, Bd. 7.

⁵⁶ Komisja Specjalna do walki z Naduzyciami i Szkodnictwem Gospodarczym 1945–1954. *Wybor dokumentow.* (Sonderkommission zum Kampf gegen Kompetenzüberschreitung und Mißwirtschaft 1945–1954, Dokumentenauswahl.) Einleitung und Bearbeitung von Dariusz Jarosz und Tadeusz Wolsza. Warschau 1995, Tabelle 3, S. 9. 1953 wurden aufgrund dieses Paragrafen 14,4 % aller Verurteilten zu Arbeitslagerhaft verurteilt.

⁵⁷ Charakteristisch für die Jahre 1950 bis 1955 war die Entstehung der »Jugendkonspiration«, lockerer Gruppen, die sich aus Schülern und jugendlichen Arbeitern zusammensetzten. Sie organisierten Selbstbildung, Flugblattaktionen oder zerstörten propagandistische Dekorationen in Schaukästen. Einige von ihnen sammelten auch Waffen. Schon im August 1950 stellte der Chef der Staatssicherheit fest, daß »der Kampf gegen den kriminellen Jugenduntergrund [...] die vordringlichste Aufgabe ist, die unser ganzes Augenmerk verlangt«. (CA MSW, Normativakten, Bd. 15). Jährlich wurden Hunderte Jugendliche festgenommen, so daß man für sie ein neues Gefängnis einrichten mußte; in ihm saßen 1952 bis 1954 einmalig bis zu 2 500 Personen ein. Die vom MSW herausgegebene »Informator o nielegalnych organizacjach i bandach zbrojnych dzialajacych w Polsce Ludowej w latach 1944–1956« (Information über illegale Organisationen und bewaffnete Banden, die 1944–1956 agierten). Warschau 1964, Neuauflage Lublin 1993, weist 490 solcher Organisationen aus, wobei man allerdings darauf hinweisen muß, daß unter den genannten auch solche waren – wieviel, ist schwer zu sagen –, die nur in der Phantasie der Funktionäre existierten, die Verhaftungen vornahmen oder Vernehmungen führten.

⁵⁸ CA MSW, 17/IX/36, Bd. 6.

Weise gegen den Staat betätigt hatten, ermordet oder verhaftet, doch die Mehrheit war in der Tat dafür, daß sie mit dem aktiven – oft bewaffneten – Widerstand im Zusammenhang stand, Repressalien ausgesetzt. Unabhängig davon, unter welchen Bedingungen dies geschah (Ungleichgewicht der Kräfte, Beteiligung fremder Truppen etc.) und daß es vom moralischen – wie auch nationalen – Standpunkt schändlich war, hatte es immerhin Züge eines Kampfes, der gegen einen erklärten Gegner geführt wird. Ohne diesen Kampf wäre die *Eroberung des Staates* nicht möglich gewesen. In den folgenden Jahren hingegen war es – zumindest in der überwiegenden Mehrheit der Fälle – Terror pur, gerichtet gegen Menschen, die nicht kämpften, weil sie schon besiegt waren, oder zu kämpfen nie die Absicht hatten. Das Ziel dieses Terrors war die *Eroberung der Gesellschaft*, die vollkommene Unterwerfung und die Bekundung eines allgemeinen Loyalitätsbeweises gegenüber der Ideologie und der Kommunistischen Partei, die die Ideologie verkörperte.

Nach 1948 war es jedoch nicht nur Massenterror (wie zuvor), sondern auch noch ein allgemeiner *täglicher Terror*. Durch nichts, weder durch das höchste Amt noch die größten Verdienste oder die untertänigsten Schmeicheleien, durch absolut nichts war der Bürger vor ihm geschützt. So kam die Zeit, daß der innere Feind aufgespürt werden mußte, der schlimmste, da er sich in den höchsten Ebenen der Parteihierarchie versteckt hielt. In Polen hat es keinen »Superprozeß« gegeben, obwohl einige der Delinquenten nicht nur angeprangert, sondern auch inhaftiert wurden – Marian Spychalski, Mai 1950 und Wladyslaw Gomułka, August 1951. Eine Sonderabteilung der Staatssicherheit,⁵⁹ die als Aufgabe die »Verteidigung der Arbeiterbewegung« hatte, beschäftigte sich sowohl mit der PVAP als auch, oder vielleicht hauptsächlich, mit der Kriegs- und Vorkriegsvergangenheit der verschiedensten Parteigrößen. Dieser »Bereich« arbeitete nach eigenen Regeln (besaß zum Beispiel ein eigenes Untersuchungsgefängnis und führte selbst Ermittlungen durch), war verhältnismäßig klein und blieb hinsichtlich der Quantität seiner Arbeitsergebnisse – das heißt geführte Ermittlungen und Verhaftungen – hinter den anderen »Bereichen« zurück.⁶⁰ Seine Bedeutung für das Terrorsystem lag allerdings nicht in der Quantität seiner Leistungen, sondern darin, daß er, wenn man so sagen kann, den Terror nach oben hievte, bis zu den Gipfeln der Macht.

⁵⁹ Ihr Vorläufer war der im Oktober 1948 gegründete »Sonderapparat von General Romkowski«, der nach einigen Zwischenstufen in das Departement X (30.11.1951) umgewandelt wurde.

⁶⁰ Im Jahre 1952 wurden z. B. in dem Bereich des X. Departements 507 Personen festgenommen (im Vergleich mit 21 000 Verhaftungen), wobei man darauf hinweisen muß, daß sich in dessen Interessenbereich auch die Funktionäre der politischen Polizei, der zuständigen Abteilungen für die Sicherheit des Innenministeriums und der entsprechenden Bereiche in den Wojewodschaften und Offiziere der Spionageabwehr und der Aufklärung aus der Vorkriegszeit befanden. Sie alle wurden als Verursacher der »Provokation in der Arbeiterbewegung« behandelt. Ohne diese Gruppe wäre es auch schwer, »die dunklen Punkte in der Vergangenheit« der Vorkriegskommunisten zu finden, und damit hat sich dieser »Zweig« beschäftigt.

Das war es eben: Weder die »unten« noch »oben«, nirgends konnte ein Mensch sicher sein, daß sich nicht ein Vorwand finden ließ, ihn zu verhaften, in der Untersuchungshaft und im Gefängnis fertigzumachen, oder sogar zum Tode zu verurteilen.

4 Augen und Ohren

Es versteht sich von selbst, daß die Mittel, durch die der Terror ein solches Ausmaß annehmen konnte, zahlreich und verschiedenartig waren – in der Fachsprache gesagt: operative Technik (Abhöranlagen, Postkontrolle, Personenüberwachung usw.) und vor allem das Netz der inoffiziellen Mitarbeiter. Jedoch die meisten dieser technischen Mittel wie auch das IM-Netz waren nicht nur Instrumente für die Tätigkeit des Apparates – sie waren auch *Werkzeuge für die Überwachung der Gesellschaft*. Auch aus Platzgründen will ich hier nicht näher erörtern, wie die Funktionsweisen des neuzeitlichen Staates und seine Methoden, Informationen über die öffentliche Meinung und Stimmung zu gewinnen, waren. Es zu wissen ist allerdings nicht unwichtig, sowohl für die regierenden Klassen (die politischen Eliten) als auch für die Öffentlichkeit selbst. Man muß jedoch betonen, daß der Sicherheitsdienst ein »Quasi-Monopolist«⁶¹ in Hinsicht auf die Bekämpfung wirklicher, potentieller oder vermeintlicher Gegner war, (bei der er Gewalt oder – wie es gern euphemistisch hieß – administrative Maßnahmen anwandte), keine Ausschließlichkeitsrechte bei der Kontrolle der Gesellschaft und dem Sammeln von Informationen über sie besaß.

Wie die heutige Forschung belegt, waren die verschiedenen Ebenen der Kommunistischen Partei und einiger ihrer »Transmissionsriemen«, etwa der Jugendverband und die Gewerkschaftsverbände, wichtige Instrumente für die Beschaffung von Informationen und deren Weitergabe »nach oben«. Ihre Funktionäre und Aktivisten schrieben Berichte und Meldungen über Stimmungen, Äußerungen und Ereignisse. In den ersten Jahren spielte die Institution »*missi dominici*« eine herausragende Rolle. Die Parteizentrale schickte ihre Funktionäre nicht nur zur Erledigung irgendwelcher Angelegenheiten in die Provinz, sondern auch, um unabhängig von den örtlichen Behörden Informationen einzuholen. In den Jahren 1948 bis 1949 hatte das Büro für Briefe und Inspektion beim ZK der PVAP⁶² einen recht großen Anteil an der Meinungsforschung. Ähnliche Büros entstanden später auch in

⁶¹ »Quasi-Monopolist« heißt hier, daß es zumindest eine Enklave gab, zu der die Staatssicherheit keinen oder nur beschränkten Zugang hatte. Das war die der Armee, Spionageabwehr (Hauptverwaltung für Information), die gegenüber den Menschen in Uniform (und deren Familien) dieselben Aufgaben hatte wie der zivile Sicherheitsapparat. Von den wenigen Veröffentlichungen zu diesem Thema seien folgende hervorgehoben: Zbigniew Palski: *Agentura informacji wojskowej w latach 1945–1956* (Agentur für militärische Informationen der Jahre 1945–1956). Warschau 1992, sowie: Wladyslaw Tkaczew: *Powstanie i dzialalnosc organow informacji Wojska Polskiego w latach 1943–1949. Kontrywiad wojskowy* (Entstehung und Tätigkeit der Informationsorgane der polnischen Armee in den Jahren 1943–1949. Militärspionage-Abwehr). Warschau 1994.

⁶² Vorläufige Bearbeitung: Dariusz Jarosz: *Akta Biura Listow i Inspekcji KC PZPR jako zrodlo do badan rzeczywistosci społecznej w Polsce w latach 1950–1956* (Die Akten des Büros für Briefe und Inspektion beim ZK der PVAP als Quelle für die Untersuchung der gesellschaftlichen Wirklichkeit Polens in den Jahren 1950–1956). In: *Polska 1944/45–1989. Studia i materialy* (Polen 1944/45–1989. Studien und Materialien), 1997, Bd. 2, S. 191–216.

staatlichen Institutionen und in den Redaktionen der populärsten Medien.⁶³ Informationen über Meinungen und Stimmungen in der Armee wurden durch die Politische Hauptverwaltung (Główny zarząd Polityczny) gesammelt, die auf derselben Rechtsgrundlage wie die Militärabteilung des Zentralkomitees arbeitete. All diese Informationskanäle und auch andere, die hier nicht erwähnt sind, führten direkt oder über die nächsten »Filter« zum Zentralkomitee.

Obwohl die Staatssicherheit *de jure* ein Organ der staatlichen Verwaltung war (wie die gegenwärtige Forschung sowohl in den Archiven des ehemaligen Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (MBP) als auch in denen des ZK der PVAP belegt), war der Parteiapparat der einzige Abnehmer der von ihr gesammelten Informationen. Einzelne Beispiele anzuführen ist noch nicht möglich, auch liegt eine statistische Analyse bisher nicht vor, wenn man den Zustand der Quellen bedenkt, scheint sie übrigens auch nicht machbar zu sein; aber sicher ist: Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit hat das Zentralkomitee der PPR/PVAP mit den verschiedensten Informationsmaterialien versorgt, von Berichten allgemeiner Art über Einschätzungen öffentlicher Vorkommnisse und Stimmungen bis zu Vernehmungsprotokollen, operativen Materialien wie IM-Berichten und Telefonabhörprotokollen. Der Umlauf dieser Dokumente innerhalb der Parteileitung wurde streng kontrolliert, sie wurden nur an die höchste Führungsspitze geleitet (bis 1948 waren die Hauptempfänger Gomulka, Berman, Bierut, Hilary Minc, Spychalski und Roman Zambrowski,⁶⁴ später vermutlich Bierut, Berman, Minc, Franciszek Mazur und Zenon Nowak). Soweit ich feststellen konnte, geschah es aber nicht, daß Materialien am Dienstweg vorbei den zuständigen Personen im ZK übermittelt wurden, zum Beispiel durch das Ministerkabinett oder durch Chefs einzelner Departements. Diese Praxis war sicherlich auch auf den unteren Ebenen üblich (in den Wojewodschaften und Kreisen).

Eine traditionelle und gewissermaßen schon automatische Methode, Informationen über die öffentliche Stimmung zu sammeln, war die Postkontrolle. Sie oblag der am 1. September 1944 in der Staatssicherheit gebildeten Abteilung für Kriegszensur, die weder nach der (deklarierten) Beendigung der Postkontrolle (26. Juni 1945) noch nach der Aufhebung des Kriegszustandes (16. November 1945) aufgelöst wurde. Man begnügte sich mit einer Umbe-

⁶³ Wie Dariusz Jarosz berichtet, gingen z. B. 1955 beim ZK der PVAP rund 109 000, beim Ministerrat 60 000, bei den Wojewodschaftskomitees der PVAP 40 000 und beim polnischen Radio 268 000 Briefe ein. Anhand der eingegangenen Briefe erarbeitete das Büro für Briefe des ZK der PVAP ein periodisches Bulletin über den Inhalt der Korrespondenz, manchmal mit umfangreichen Zitaten. Dieses Bulletin wurde an die Parteispitze und die Zentralen der staatlichen Institutionen und die wichtigsten Medien als »vertraulich« verschickt. Interessant ist, daß dieses Büro noch in den Jahren 1988 bis 1989 in derselben Weise funktionierte.

⁶⁴ Sie standen auf dem Verteiler der Bulletins, die vom Referat für Information des Kabinetts des Ministers verfaßt wurden. Biuletyny informacyjne Ministerstwa Bezpieczeństwa Publicznego, 1946 (Informations-Bulletins des Ministeriums für Nationale Sicherheit, 1946). Warschau 1996, S. 14. Bei den Unterlagen sowohl von Gomulka als auch von Bierut, die im AAN archiviert sind, handelt es sich hauptsächlich um »Stasi«-Materialien. Das Problem der periodischen Bulletins kam mehrmals auf die Tagesordnung, aber erst 1954 wurde eine Regelung ihrer Zusammenstellung getroffen und beschlossen, sie regelmäßig herauszugeben, um die Parteileitung auf dem laufenden zu halten. (CA MSW, Normativakten, Bd. 34).

nennung: statt Hauptverwaltung für Zensur – »Büro B«. Entstanden war diese Abteilung mit Rücksicht auf die Besetzung, aber gleichzeitig hatte sie volle Handlungsfreiheit, denn angestrebt war die Kontrolle der gesamten Korrespondenz des Landes.⁶⁵ Seit ihrer Gründung bis zum 1. Mai 1945 kontrollierte sie 1,4 Millionen Briefe und 179 000 Telegramme. Zu dieser Zeit, also vor Ende des Krieges, bestand ihre Aufgabe darin, Briefe zu konfiszieren und stellenweise zu schwärzen, wobei es nicht immer um Militäргеheimnisse ging, sondern oft auch um »negative Äußerungen«. Die systematische Postkontrolle sollte die Kommunikation unter den Menschen behindern, darüber hinaus diente sie aber auch der Beschaffung von operativen Informationen, die dann den entsprechenden Stellen des Ministeriums zugeleitet wurden sowie von Material für die Meinungsanalyse. Wie die Verfasser der konfiszierten Briefe dachten, erfuhren nicht diejenigen, denen sie ihre Meinung anvertrauen wollten, sondern die Behörden. Mehrere Jahre später – während des Kalten Krieges – war es nicht mehr möglich, die gesamte Korrespondenz zu kontrollieren. 1953 zum Beispiel wurden nur 16 Prozent (3,6 Millionen) der Briefe aus dem Ausland und lediglich 1,4 Prozent (12,4 Millionen) der Briefe ins Ausland kontrolliert.⁶⁶

Auch 1953 fuhr man fort, Informationen aus Briefen an die operativen Bereiche weiterzuleiten und Meinungsanalysen zu erstellen. Solche Analysen entstanden im Handumdrehen, besonders wenn es galt, die Kontrolle bei wichtigen Ereignissen zu intensivieren (zum Beispiel bei der Preiserhöhung 1949 oder der Aufgabe des Lebensmittelkartensystems 1953). Interessant ist – wenn auch nicht recht erklärlich –, daß 1953 mehr Briefe (2,9 Prozent aus dem Ausland und 0,4 Prozent ins Ausland⁶⁷) als in den Jahren 1944 bis 1945 (0,25 Prozent) konfisziert wurden.

Eine andere Form der Kontrolle war die »Kartei für Allgemeininformationen«. Sie entstand, um bestimmte Personenkreise zu erfassen: Festgenommene oder Inhaftierte, aus Lagern oder Gefängnissen, Entlassene sowie Personen, die im Zuge der Amnestien (1945, 1947) oder durch Spitzelberichte und im Ergebnis von Vernehmungen bekannt waren. Sie diente zunehmend der Erfassung »verdächtiger Elemente«, also Personen, bei denen man eine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe vermutete oder für möglich hielt. Darunter befanden sich zum Beispiel SS-, SA- oder NSDAP-Angehörige, obwohl man sich schwer vorstellen kann, daß sie damals eine Bedrohung für den Staat darstellten. Andere hatten »Klassencharakter«, wie zum Beispiel ehemalige Grund- und Fabrikbesitzer, weitere wiederum politischen Charakter, so »die Präsidien (ab Kreisebene aufwärts) reaktionärer

⁶⁵ Nach dem Stand vom 1. Mai 1945 beschäftigte allein die Zivilsektion in den Regionalabteilungen fast 600 Personen. A. Paczkowski: *Cenzura 1946–1949: statystyka dzialalnosci* (Zensur 1946–1949: Tätigkeitsstatistik). In: *Zeszyty Historyczne* (Historische Hefte), Nr. 116, 1996, S. 55. Alle weiteren Angaben zum Jahr 1945 wurden derselben Quelle entnommen

⁶⁶ CA MSW, 17/IX/34.

⁶⁷ Interessant ist die Meldung, daß 3 000 Briefe konfisziert wurden, die an Radio Freies Europa adressiert waren; dieser Sender arbeitete regulär erst ab dem 3. Mai 1952.

Parteien und Organisationen bis 1939«, »die Präsidien legaler reaktionärer Organisationen nach der Befreiung (Polnische Bauernpartei und andere) von der Gemeinde- bis zur Stadtebene«, »die Leitungsgremien kirchlicher Organisationen, von der Gemeindeebene aufwärts« und »ehemalige Trotzlisten«. ⁶⁸ Karteimäßig erfaßt wurden auch alle Soldaten, die aus Westeuropa heimkehrten sowie Personen, die sich beim Referendum 1946 oder bei den Wahlen 1947 »negativ geäußert« hatten. Im Laufe der Zeit kamen noch folgende Kategorien hinzu: Personen, die die staatlichen Darlehen nicht subskribiert oder auch Personen, die den Stockholmer Appell [vom März 1950 über Verbot von Atomwaffen] nicht unterschrieben hatten. Kein Wunder also, daß 1953 etwa 5,2 Millionen Personen in der Kartei erfaßt waren (Stand 1. Januar). ⁶⁹ Ab 1949 war die Zahl der Karteikategorien von 25 auf 49 gestiegen.

Die Registrierung erleichterte nicht nur die laufende operative Arbeit, sie erwies sich auch als nützlich, als man 1950 – nach langen Vorbereitungen und einem Beschluß des Politbüros – Paßanträge zu bearbeiten begann. Ein Referent, der auf einer Sitzung der Wojedwodschaftschefs dazu Stellung nahm, erklärte: »Wir müssen beim ersten Blick auf den Personalausweis feststellen können, ob wir es mit einem Werktätigen zu tun haben oder nicht. Wir müssen, bei einer genaueren Untersuchung [des Ausweises] feststellen können, ob wir es mit einem politisch und klassenmäßig gefährlichen Menschen zu tun haben.« Deswegen – so der Redner weiter – sollte man in einer entsprechenden, »für einen bestimmten Mitarbeiterkreis zugänglichen Form«, die Information zur »politischen Position des Ausweisinhabers« chiffrieren. ⁷⁰ Seine Ausführungen entsprachen ganz dem für den Bolschewismus »klassischen« Grundsatz: »Das bisher trübe Wasser muß geklärt werden, um zu vermeiden, daß der Klassenfeind darin weiter fischt«, das heißt, dem Sicherheitsdienst ging es darum, jederzeit Klassenfeinde zu identifizieren. Leider habe ich nicht feststellen können, ob dieses Vorhaben verwirklicht wurde, ⁷¹ aber es paßte gut zu der Idee, jeden einzelnen unter Kontrolle halten zu wollen.

Die Krönung des Überwachungssystems war natürlich das *Informantennetz*, ⁷² es bildete das Fundament der Geheimdienste und der politischen Polizei aller nichtdemokratischen Systeme (ist aber auch den Demokratien nicht fremd).

⁶⁸ Zarządzenie 051/55 z 23 czerwca 1955 w sprawie zasad aktualizacji Kartotek Ogólnoinformacyjnych (Verordnung 051/55 vom 23. Juni 1955 zu den Aktualisierungsprinzipien der Kartei für Allgemeininformationen); CA MSW, Normativakten, Bd. 37.

⁶⁹ CA MSW, 17/IX/34. Nach dem Stand vom 1. April 1949 befanden sich in der Kartei ca. 1,2 Millionen Karteikarten.

⁷⁰ CA MSW, 17/IX/77, Bd. 6.

⁷¹ Die *Vox populi* war davon überzeugt, was ein Scherz aus den fünfziger Jahren belegt: Die Buchstaben WCA im Ausweis wurden mit: »W razie Czego Aresztowac« übersetzt »im Fall des Falles verhaften«.

⁷² Der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, daß die »klassische« Struktur des Netzes aus folgenden Segmenten bestand: 1. Agent: ein geheimer Mitarbeiter (TW: Tajny Współpracownik) des Sicherheitsapparates; er hält sich in einer Umgebung auf, die den Sicherheitsdienst interessiert; er soll sie beeinflussen und soll eine Position erlangen, die ihm Einfluß ermöglicht; 2. Informant: also ein IM (TW), der nur Informationen liefert; 3. Resident: ein IM (TW), der zwischen einer Gruppe von Informanten und dem Führungsoffizier vermittelt; 4. Inhaber

Es versteht sich von selbst, daß mit dem Aufbau des Sicherheitsdienstes in Polen auch ein Informantennetz aufgebaut wurde. Das haben die Gründer der Staatssicherheit in ihrer Kuibyschewer-Schule und von ihren sowjetischen Beratern gelernt. Auch gehörte es zum Grundwissen vor allem derer, die schon früher konspirativ tätig waren, wie die Mehrheit der »Stasi«-Gründer. Anfangs war das Netz noch klein, wie der Apparat selbst, doch bald nahm es, wiederum wie der Apparat selbst, an Umfang zu. Nach unvollständigen Angaben der Unterlagen zählte es am 1. Juli 1945 3 500 Personen, am 1. November 16 800, am 1. Januar 1946 17 600 IM.⁷³ In der Zeit nach dem Referendum (Juni 1946) bis zu den Wahlen (Januar 1947) fand eine intensive Anwerbung statt, in deren Ergebnis Ende Mai/Anfang Juni 1948 mindestens 53 100 IM geführt wurden (5 000 Agenten und 48 100 Informanten; die Zahl der konspirativen Wohnungen ist nicht bekannt).⁷⁴ Die Leitung entschloß sich, das Agentennetz zu überprüfen, da vor den beiden großen politischen Aktionen »alle und jeder«⁷⁵ geworben worden war, unter anderem für die »Absicherung« der Wahlen und Wahlergebnisse.⁷⁶ Daher wurden ab Mitte 1948 die entbehrlichen IM-Vorgänge archiviert und bis zum 1. Februar 1949 wurde der IM-Bestand auf 1 200 Agenten und 19 200 Informanten erheblich verringert.⁷⁷

Schon im März 1949, nach dem bereits zitierten ZK-Beschluß, kritisierte Minister Radkiewicz diesen Zustand (den seine eigenen Befehle doch herbeigeführt hatten), warf seinen Untergebenen vor, daß sie die Agentur in ihrer Bedeutung unterschätzten und forderte, sowohl ihr Niveau als auch ihren Bestand zu erhöhen. So vergrößerte sich in den nächsten Jahren das IM-Netz mehrmals. Leider habe ich keine Überblickszahlen für die Jahre 1950 bis 1955 gefunden. Das Ausmaß der Veränderungen läßt sich aber am Beispiel eines Schlüsselbereichs der Wirtschaftsspionage-Abwehr veranschaulichen. Im Dezember 1949 verfügte dieser Bereich über 11 700 IM, ein Jahr später über 23 700, 1951 bereits über 28 100 und Ende 1952 schließlich über 36 600⁷⁸. Das IM-Netz des für den Kampf gegen den

Inhaber einer konspirativen Wohnung (LK: Lokal konspiracyjny): d. h., einer Wohnung, in der sich Führungsoffizier und IM treffen können. Darüber hinaus kann das Netz durch »Tausende von ehrlichen Bürgern [...], die immer bereit sind, sich mit unseren Mitarbeitern zu treffen und notwendige Informationen zu geben«, erweitert werden (CA MSW, 17/IX/77, Bd. 4). Diese Definitionen stammen von Radkiewicz aus dem Jahre 1948. In den Veröffentlichungen werden die Begriffe »Agent« oder »Informant« meistens im generellen Sinne verwendet.

⁷³ CA MSW, 17/IX/34.

⁷⁴ Aparat bezpieczenstwa w latach..., (Der Sicherheitsapparat in den Jahren...), Teil II: Lata 1948–1949 (Die Jahre 1948–1949), Tabelle 1 und 2, S. 97–99 (Anm. 17).

⁷⁵ So Minister Radkiewicz; ebenda, S. 95.

⁷⁶ Nach dem Rapport eines sowjetischen Beraters wurden für die Wahlen 21 800 (48 %) Mitglieder der Wahlkommission angeworben, außerdem 8 700 Personen, von denen man annahm, daß sie Einfluß auf andere hatten (hauptsächlich Dorfbewohner). In: N. Pietrow, S. 127 (Anm. 28).

⁷⁷ Aparat bezpieczenstwa... (Der Sicherheitsapparat...), Teil II, S. 126.

⁷⁸ Diese Angaben wurden aus den aufgefundenen Rechenschaftsberichten des Innenministeriums entnommen (CA MSW, 17/IX/38, 40 und 41). Sie umfassen nicht die sogenannten vertraulichen Kontakte, also die Berichte der »Tausend ehrlichen Bürger«, das heißt, es waren meistens ganz einfache Personen aus der Leitungsebene oder Parteiaktivisten von Betrieben, die Informationen gaben, ohne IM gewesen zu sein.

Untergrund zuständigen Bereichs pegelte sich in den Jahren 1949 bis 1959 auf einen Bestand von 8 000 bis 8 400 IM ein,⁷⁹ da dieses Problem dazumal nicht mehr im Vordergrund stand. Auch ist es mir leider nicht gelungen, irgendein Dokument über das IM-Netz des politischen Bereichs (der Departements I: Spionageabwehr und X: politische Abteilung) zu finden, obwohl es davon sehr viele geben oder gegeben haben müßte. Ab Frühjahr 1954 wurde der IM-Bestand schrittweise verringert, und am 1. November 1956 betrug er 34 200.⁸⁰ Schätzungsweise kann man sagen, daß der Maximalbestand etwa 70 000 bis 74 000 betrug und eine hohe Fluktuation dazu führte, daß von 1944 bis 1954 einige Personen aus dem IM-Netz herausfielen.⁸¹

Die IM-Bestände nenne ich hier deshalb so eingehend, weil ihre quantitative Entwicklung außer den operativen Erfordernissen auch einer bestimmten Strategie entsprach. Deren psychologische Folgen in der Öffentlichkeit übertrafen bei weitem das, was die Repressionen *sensu stricto* ausrichteten. 1950 sprach Radkiewicz über die Notwendigkeit, IM ins Umfeld ehemaliger Führer der Bauernpartei einzuschleusen; dabei äußerte er: »Wir müssen nicht nur genau wissen, was sie tun, sondern auch, was sie denken.«⁸² Dieser Grundsatz wurde auf andere, nicht nur politisch motivierte Gruppen übertragen. Aus der Streikwelle, die im Frühjahr 1951 einige Industriebereiche erfaßte, zog man zum Beispiel den Schluß, daß »die politische Schulung der Arbeiter- und Angestelltenbelegschaften« notwendig sei.⁸³ Die vielen IM waren nötig, um erfahren zu können, »was gedacht wird«. Sie wurden auf alle gesellschaftlichen und beruflichen Gruppen – wie es im »Stasi-Jargon« hieß – angesetzt. Man bemühte sich sogar, orientierungsgebende »Sättigungsindexe« aufzustellen, zum Beispiel: bei der Belegschaft großer Fabriken ein IM auf 100 Beschäftigte, auf dem Land ein IM auf 500 Einwohner. Um ein so umfangreiches IM-Netz anzuwerben, das in der Regel sehr weitgefähte Aufgaben hatte, brauchte man entweder beträchtliche finanzielle Mittel (wenn die IM bezahlt werden sollten) oder »kompromittierendes Material«, um den Kandidaten damit zu erpressen. Nach der Anwerbung konnte er mit der unterschriebenen Verpflichtungserklärung weiter erpreßt werden. Da der Sicherheitsdienst mit Geld geizte und unter den operativen Offizieren die Meinung herrschte, Erpressung sei das beste Mittel, wurde

⁷⁹ CA MSW, 17/IX/36, Bde. 6 und 7.

⁸⁰ AAN, KC PZPR (ZK PVAP), Bd. 2931, S. 138.

⁸¹ Im März 1955 stellte Frau Elzbieta Motyl, die u. a. den Bereich IM-Erfassung leitete, fest, daß in den Jahren 1944 bis 1954 »fünf- bis sechsmal mehr IM-Vorgänge abgeschlossen als geführt wurden« (CA MSW, 17/IX/77, Bd. 15). Aus der Annahme, daß der laufende IM-Bestand bei 70 000 lag, kann man also schließen, daß in zehn Jahren 380 000 bis 400 000 IM geführt wurden. Dabei sollte man aber nicht vergessen, daß die Angaben folgende IM nicht beinhalten: 1. IM aus dem militärischen Bereich, deren Bestand in der Spitzenzeit 23 000 bis 24 000 IM betrug (6–7 % des Armeebestandes; unter den Offizieren betrug der IM-Bestand zwischen 16 bis 19 %!). In: Z. Palski, Anhang 3 und 4 (Anm. 61); 2. IM im Bereich der Militärdienststeinheiten, die für das Innere des Landes zuständig waren (wie z. B. die Grenztruppen, Korps der Öffentlichen Sicherheit – KBW usw.). Dieser IM-Bestand betrug Anfang 1955 4 200 Personen (CA MSW, 17/IX/112, Bd. 4b).

⁸² CA MSW, 17/IX/77, Bd. 6.

⁸³ Ebenda, Bd. 7.

hauptsächlich auf diesem Wege angeworben. Verhafteten Personen aus der Untergrundbewegung oder der Bauernpartei, die man anwerben wollte, versprach man vorzeitige Entlassung oder ein milderes Urteil. Anderen drohte man Prügel an. Ein großer Teil wurde auf diese Weise zur Mitarbeit gezwungen, was seinen operativen Wert natürlich minderte.

Ich weiß nicht, ob in den Jahren der Massenwerbung die operativen Offiziere und die Leitung sich darüber im klaren waren, was diese Methoden, ein IM-Netz aufzubauen, nach sich ziehen könnten. Immerhin erwies sich im November und Dezember 1954, als man sich – übrigens nur kurzzeitig – öffentlich an die Brust schlug, daß nicht nur die höchste, sondern auch die mittlere Ebene der »Stasi«-Hierarchie sehr wohl wußten, welche zusätzliche, nicht-operative Wirkung diese Anwerbungsmethoden hatten. »Welche Aufgaben hatten die IM in der Bauernpartei? Etwa um uns über den Feind zu informieren?«, fragte Radkiewicz bei einer Dienstbesprechung, um sich gleich selbst die Antwort zu geben: »Überhaupt keine. Wir haben sie angeworben [...], um den Feind zu terrorisieren« und er fügte hinzu: »Anwerben hieß zerbrechen, und wir haben nicht wenige dieser Menschen zerbrochen.«⁸⁴ Ihm im Gefolge erklärte Julia Brystygierowa, langjährige Direktorin des Departements, das sich unter anderem mit der Bauernpartei befaßte: Die Massenwerbung »bedeutet, [...] die Menschenwürde mit Füßen zu treten, ein Angstklima zu erzeugen [...], die Menschen in Abhängigkeit zu halten.« Und Josef Czaplicki, einer der einflußreichsten »Stasi«-Funktionäre, bekannte: »Wir empfehlen: werben, werben und nochmals werben [...], und so haben wir einen nicht geringen Prozentsatz unserer Gesellschaft angeworben.« Ein durch Überzeugung Angeworbener ist loyal; einer, der unter Zwang angeworben wurde, ist »loyal« aus Angst. Bei einer Sitzung auf Wojewodschaftsebene hieß es, daß die »Ausrichtung auf Massenwerbung eine der Ursachen der Angst vor den Sicherheitsorganen« war.⁸⁵

Die Menschen hatten Angst, von der Staatssicherheit angesprochen zu werden und sich ihr nicht entziehen zu können, etwas tun zu müssen, wozu sie keine Lust hatten oder was sie als abscheulich und erniedrigend empfanden. Auch wußten sie – was die Staatssicherheit vermutlich durchaus wollte –, daß überall geworben wurde und jeder angeworben sein konnte: der Kollege, Nachbar, Schwager, Schwiegersohn, Bruder. Also lieber vorsichtig sein, keinem über den Weg trauen, lieber den Mund halten, die »Stasi«-Aufträge widerspruchslos ausführen, sich für die »Erhöhung der Produktion« verpflichten, egal, ob etwas dabei herauskam, zur Mai-Demonstration gehen oder den Stockholmer Appell unterschreiben. Die »Augen und Ohren« der staatlichen Macht wollten nämlich mehr als »sehen und hören«, sie wollten alle und alles kontrollieren. Das Bewußtsein von ihrer Allgegenwärtigkeit war Teil der Terrorstrategie; indem sie Angst und Mißtrauen schuf, bewirkte sie die Zersplitterung der Gesellschaft.

⁸⁴ Ebenda, Bd. 14.

⁸⁵ Ebenda.

Mit Hilfe der IM kontrollierte man nicht nur die oppositionellen Organisationen, der Opposition verdächtige Kreise, darunter – mit besonderer Intensität – die katholische Kirche. Auf diese Weise kontrolliert wurden auch Fabriken, Behörden, Schulen, Universitäten, Kolchosen und staatliche Maschinenstationen. Man kontrollierte Planerfüllung, Produktivität und Produktionsqualität, die Auslastung der Büroangestellten, das Unterrichtsniveau, die Einhaltung der Lehrpläne, die Teilnahme an »freiwilligen« Einsätzen und Demonstrationen. Man kontrollierte die Personalpolitik in der Industrie und der Verwaltung ebenso wie die Zulassung zu den Hochschulen.⁸⁶ Im Dezember 1954, bei besagter »Abrechnungsdebatte«, räumte Josef Czaplicki selbstkritisch ein, daß »wir jeder Zelle unseres staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens unser ›Gegenstück‹ auferlegt« haben. Das machte erforderlich, Personen in das IM-Netz aufzunehmen, die entsprechende Kenntnisse über den Arbeitsinhalt ihrer »Objekte« hatten. Anfang 1952 waren unter den IM des Bereichs der Wirtschaftsspionage-Abwehr unter anderem 127 Fabrikdirektoren, 508 Ingenieure, 1 722 Abteilungsleiter, 655 Buchhalter, 4 859 Beamte, 1 046 Techniker sowie 1 948 Meister und Brigadeleiter (nach unvollständigen Angaben).⁸⁷ Aufgefordert durch die Vorgesetzten, »mutige Werbungen durchzuführen«, ließen die hauptamtlichen Mitarbeiter alle Hemmungen fallen. Im Mai 1952 unterbreitete ein junger operativer Offizier dem 65-jährigen Professor Hugo Steinhaus, einem weltbekannten Mathematiker, das Angebot, gegen Entgelt »Informationen über Verhältnisse an der Universität, über Stimmungen und Gespräche« zu liefern.⁸⁸

Man unternahm auch Versuche (einige vielleicht mit Erfolg), Bischöfe und andere hohe Geistliche anzuwerben. Darin zeigte sich nicht nur der Eifer der »polnischen Tschekisten«, sondern verriet sich auch deren dreiste, schon an Übermut grenzende Selbstsicherheit und die Überzeugung von ihrer Allmacht.

⁸⁶ Im Jahresbericht 1952 teilte das Departement IV (Wirtschaftsschutz) dem Minister mit, daß 1 500 Personen negativ beurteilt und zum Studium nicht zugelassen worden seien; CA MSW, 17/IX/38, Bd. 10.

⁸⁷ Ebenda, Bd. 11.

⁸⁸ Steinhaus, Hugo: *Wspomnienia i zapiski* (Erinnerungen und Notizen). London 1992, S. 412 f.

5 Die Ambivalenz des »Tauwetters«

Die ersten kaum merklichen Erscheinungen der »neuen Zeiten« setzten Mitte 1953 ein: Die Haftbedingungen wurden etwas erleichtert, und vor allem gingen die Verhaftungen zurück (auf 9 000, deren Mehrheit im ersten Halbjahr lag). Deutliche Veränderungen zeichneten sich im Frühjahr 1954 ab, als man entschiedener (zunächst noch intern) von »Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit« zu sprechen begann. Die Anzahl der Verhaftungen sank bis auf ein paar tausend, viele Verurteilte erhielten das Privileg, aus der Haft vorzeitig entlassen zu werden (meistens aus gesundheitlichen Gründen), man verabschiedete sich von einigen Leitern des Ermittlungsdepartements und entließ Mitarbeiter (hauptsächlich übrigens solche, die nicht in den operativen Bereichen eingesetzt waren). Im Sommer 1954 wurde das X. Departement aufgelöst, was zusammen mit den vorangegangenen Veränderungen ein politisch wesentlicher – obwohl in der Öffentlichkeit kaum bemerkter⁸⁹ – Schritt zur *Abkehr vom allgegenwärtigen Terror war*. Die »Bombe« platzte am 28. September 1954, als Radio Free Europe eine Sendereihe mit dem Titel »Hinter den Kulissen von Stasi und Partei« auszustrahlen begann, die von Josef Swiatlo, dem im Dezember 1953 ins Ausland geflüchteten Vizedirektor des X. Departements moderiert wurde.

Nach Konsultationen mit Moskau und Beschlüssen des Politbüros wurde der gesamte Apparat binnen weniger Wochen reorganisiert. Das Ministerium wurde geteilt in das Innenministerium (Polizei, Strafvollzug, Truppen des Innern) und das Komitee für Öffentliche Sicherheit (KBP), das den Sicherheitsdienst *sensu stricto* übernahm. Ein Teil der bisherigen Leitung (der Minister und drei Vizeminister) wurde durch Personen ersetzt, die nicht aus den Reihen der Staatssicherheit kamen. Der Direktor des Ermittlungsdepartements wurde verhaftet und gegen das X. Departement wurden Ermittlungen eingeleitet. Auch das IM-Netz blieb nicht verschont; man reinigte es von »passiven und entbehrlichen Elementen«. Im Dezember wurde Gomulka aus dem Gefängnis entlassen. Damit gingen Aussprachen und Beratungen der »Parteiaktive« in der Zentrale wie in den Wojewodschaften einher, bei denen die Arbeitsweise der Staatssicherheit kritisch und selbstkritisch beleuchtet wurde. Die Auswertung dieser Periode fand auf dem III. Plenum des ZK der PVAP vom 21. bis 24. Januar 1955 statt, in dessen Verlauf »Fehler und Entgleisungen« des Apparates verurteilt wurden: die Anwendung »untersagter Ermittlungsmethoden«, »Verfehlung bei der Arbeit mit den IM«, »moralischer Verfall einiger der verantwortlichen Mitarbeiter«, »Tendenzen der Überheblichkeit gegenüber anderen staatlichen Organen« usw. Die Zielrichtung dieser Vorwürfe war ziemlich klar – die Staatssicherheit sollte als Sündenbock herhalten, was sich

⁸⁹ Die Existenz dieses Departements war sogar innerhalb des Sicherheitsapparates geheim.

auch darin ausdrückte, daß die ZK-Beschlüsse mit einem breiten öffentlichen Echo bedacht wurden.

Die Stimmung unter den Mitarbeitern sank wegen des beschleunigten Personalabbaus⁹⁰ immer tiefer. Manche IM verweigerten jede weitere Zusammenarbeit; manche IM-Kandidaten schlugen die Werbeangebote aus. Die »Stasi«-Leitung sah sich genötigt, die Erscheinungen von »unzulässiger Demobilisierung« und »Passivstimmung« zu verurteilen. Dabei ging es vor allem um Funktionäre, die »nicht mehr stolz darauf waren, daß sie bei den Sicherheitsorganen arbeiteten und daß die Partei ihnen vertraute, indem sie sie in die erste Linie des Kampfes geschickt hatte«⁹¹, wie bei einer Beratung im März 1955 Jan Ptasinski, Vizevorsitzender des Parteikomitees, sagte. Ptasinski verurteilte die »Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes«, die um sich gegriffen habe und forderte, »von der Defensive zum offensiven Handeln überzugehen«. Äußerungen dieser Art seitens der »Oberen« fielen in den nächsten Beratungen immer wieder. Mißbilligend sprach man von Leuten in den eigenen Reihen, die »Geschichtchen darüber lancierten, daß es keine Sabotage mehr gäbe«. Andere wurden kritisiert, weil sie »unseren Anteil am Mechanismus des Klassenkampfes geringschätzen«. Ptasinski kündigte sogar an, daß sich der »Kampf verschärfen« werde, da »der Feind zur totalen Spionage übergeht«.⁹²

Die Schwerpunkte der »Stasi«-Interessen änderten sich nicht, nur die Taktik erfuhr eine gewisse Veränderung. Im Februar 1956 wurde zum Beispiel auf die Notwendigkeit hingewiesen, für den »Schutz« des »Bündnispartners« Vereinigte Bauernpartei (ZSL) zu sorgen, die »verstärkt unterwandert« werde durch »reaktionäre Elemente«. Richtlinien empfahlen, »nicht mehr [wie früher] ein Informantennetz einzusetzen, um uns mit der legalen Tätigkeit der ZSL vertraut zu machen, da sie bekannt und ohne operative Methoden einsetzbar ist«, sondern Personen anzuwerben, die »Zutritt zu reaktionären Kreisen und Gruppen haben«; dadurch werde man »die Keime der Mikolajczyk-Diversion liquidieren«.⁹³ Künftig sollte also der innere Konflikt der ZSL durch den Sicherheitsdienst beigelegt werden. Unverändert blieb jedoch die Richtlinie gegenüber der Kirche, die als Feind Nummer eins galt. In einem Bericht des KBP für das Jahr 1955 heißt es, daß »gegenüber der Kirche unsere Aufgabe in der Unterbindung feindlicher Tätigkeit liegt. Der Kurs gegenüber den Klöstern, die eine am meisten veraltete, mittelalterliche Form darstellen, soll deren schrittweise Liquidierung zum Ziel haben«.⁹⁴ Nach wie vor huldigte man der These, daß der Feind unter dem Deckmantel privater Zusammenkünfte konspirierte. Immer wieder, wenn auch seltener, wurden Behauptungen laut, daß es tief versteckte Untergrundnester gebe.

⁹⁰ Vom 1. Dezember 1954 bis zum 1. Mai 1955 wurden 6 500 Personen entlassen (darunter ca. 3 000 operative Mitarbeiter). Von diesem Abbau war hauptsächlich die Kreisebene betroffen (CA MSW, 17/IX/112, Bd. 4a).

⁹¹ CA MSW, 17/IX/77, Bd. 15.

⁹² Beratung vom 7. bis 8. April 1955; ebenda.

⁹³ Archiv UOP, 45630/II, Bd. 2.

⁹⁴ AAN, KC PZPR (ZK PVAP), 1674, A. 76.

Die Ereignisse in der ersten Hälfte des Jahres 1956 – von der »Geheimrede« Chruschtschows und Bieruts Tod über die quasi allgemeine Amnestie und die Revolte in Posen⁹⁵ – haben die Staatssicherheit erschüttert. Der wachsende Konflikt innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei hatte zur Folge, daß der Apparat keine klaren politischen Signale mehr bekam. »Der Mangel an Aktivität und Offensivität [...] hängt mit der wachsenden Desorientierung der Sicherheitsorgane zusammen«, erklärte einer der Funktionäre, darüber hinaus betonend, daß »die mangelnde Festigkeit der Partei gegenüber feindlichen politischen Auftritten zur Demoralisierung des Apparates führt«.⁹⁶ Es gab allerdings keine Anzeichen der Illoyalität gegenüber den zentralen Machtorganen und alle kritischen Stimmen – die nach dem VIII. Plenum zugenommen hatten – richteten sich allein gegen die »alten Kader«: den ehemaligen Minister und seine Stellvertreter und vor allem die dienstältesten hohen Funktionäre als die »Stasi-Barone«. Zur Zeit des VIII. Plenums war der Sicherheitsdienst, wie ich den mir vorliegenden Dokumenten entnahm, passiv, niedergedrückt und aufs höchste beunruhigt, unter dem Eindruck der Ereignisse in Ungarn aber (wo vielfach Selbstjustiz an Funktionären des Sicherheitsdienstes verübt wurde) sogar verschreckt.⁹⁷

Das »Tauwetter« veränderte zwar die Position der Staatssicherheit, aber diese Veränderungen verliefen zögerlich und ohne klare Vorgabe einer neuen Strategie. Aus dem erwähnten Bericht für die Zeit vom Mai 1955 bis April 1956 geht hervor, daß alle Hauptbereiche der Staatssicherheit, wenn auch in reduzierter Form, erhalten blieben. 2 000 Personen wurden verhaftet, 1 800 operativ, 10 000 anderweitig bearbeitet und 25 000 beobachtet.⁹⁸ Das Agentennetz zählte am 1. Mai 1956 36 500 IM (zuzüglich 12 000 beim Militär), es wurden die Postsendungen an 8 000 Empfänger im Ausland und 7 000 im Inland kontrolliert und dabei 42 000 Briefe beschlagnahmt. In der aktualisierten Erfassung befanden sich noch 1,6 Millionen Karteikarten. 1955 verhandelten die Gerichte fast 2 000 Verfahren, die der Sicherheitsdienst veranlaßt hatte, und immer noch wurden Todesurteile verhängt. Unter den zu hohen Haftstrafen Verurteilten befand sich auch Wlodzimierz Lechowicz, dessen einstige Verhaftung im Oktober 1948 der Auftakt zum Gomulka-Verfahren gewesen war.

Die »Stasi« sollte die Unruhe, die im Oktober 1956 aufkam, nie mehr verkraften, selbst nicht in ihrer reduzierten Gestalt. Gomulka hatte ohne Zweifel seine persönlichen Gründe, den Sicherheitsdienst weidlich zu reinigen und umzugestalten. Er vertrat jedoch nach wie vor die Leninsche These von der Diktatur der herrschenden Klasse und konnte sich einen

⁹⁵ Der Sitz der Sicherheitsbehörde wurde Hauptziel von Demonstranten-Attacken, hier kam es zu mehrstündigen bewaffneten Kämpfen.

⁹⁶ CA MSW, 17/IX/77, Bd. 17.

⁹⁷ Z. B. wurde angeordnet, alle Dienstobjektstellen in den Industriebetrieben und den Transportobjekten aufzugeben; CA MSW, Normativakten, Bd. 42.

⁹⁸ Davon 2 000 wegen Spionageverdacht, 2 000 wegen »feindlicher Propaganda« (die Hälfte davon wegen Mundpropaganda) und 333 wegen feindlicher Tätigkeit unter dem Deckmantel religiösen Kults.

(sozialistischen) Staat ohne Kontrolle über die Gesellschaft und einen Zwangsapparat nicht vorstellen. Ausgeschlossen aber war, die Institution, die sich viele Jahre hindurch so erfolgreich dieser Sache gewidmet hatte, in ihrer alten Form zu belassen. Die angsteinflößenden Wörter »Stasi« oder »Stasi-Mann« wurden im »polnischen Herbst« mit bitterstem Haß ausgesprochen und die Abschaffung des Sicherheitsdienstes und die Bestrafung seiner führenden Vertreter waren die populärsten Forderungen bei den Versammlungen und Demonstrationen. Im November 1956 wurde das Komitee für Öffentliche Sicherheit (KBP) aufgelöst und der Sicherheitsdienst dem Innenministerium angegliedert, ein weiteres Mal machte man Anstalten, seine Größe zu reduzieren: Bis Januar 1957 wurde ein großer Teil der höheren Funktionäre entlassen (darunter fast alle »Stasi-Barone«); von 20 000 verblieben in der Funktion des operativen Mitarbeiters nur noch 7 800, das IM-Netz schrumpfte auf 14 500 und die Zahl der operativen Vorgänge und Beobachtungen »feindlicher Elemente« sank auf 18 000, das heißt um die Hälfte.⁹⁹ Die russischen Berater schieden aus, obwohl einige von ihnen (darunter der Hauptberater Oberst G. S. Jewdokimienko) in Polen als Mitglieder der offiziellen KGB-Residenz verblieben.

In der Geschichte des Sicherheitsdienstes fing damit zweifellos eine neue Periode an, aber die neue (oder eher: erneuerte) politische Führung des Landes, in der sich einige ehemalige politische Häftlinge befanden, behielt den alten Apparat im wesentlichen bei, nur daß er eingeschränkt wurde, sowohl seinem Umfang als auch dem Ausmaß seiner Repressionen nach. Bei der ersten Beratung, zu der die leitenden Mitarbeiter des Innenministeriums nach den großen Veränderungen vom Herbst 1956 zusammengetreten waren, konnte sich Minister Wladyslaw Wicha der altbekannten, bedrohlichen Sprüche eindeutig nicht enthalten. Er verwickelte sich in seinem Bericht in eigenartige Widersprüche: »Über die Unrichtigkeit der These vom sich stetig verschärfenden Klassenkampf auf dem Wege zum Sozialismus muß man gleichzeitig wissen, daß der Kampf weitergeht, und wir gegenwärtig ernsthafte Ursachen für seine Verschärfung sehen«.¹⁰⁰ Daß es sich hier um keinen Versprecher handelt, geht aus dem Protokoll der Politbüro-Sitzung vom 1. April 1957 hervor, auf der der erwähnte Bericht des Innenministeriums erörtert wurde. In dem Text des Protokolls, den Gomulka persönlich korrigierte, finden sich unter anderem Einwände gegen das Ministerium, »trotz der deutlichen Signale, die von der wachsenden Aktivität des Feindes zeugen«, gebe es »keine Materialien, aufgrund derer man politische Prozesse führen könnte«. Ferner hieß es, daß im Innenministerium »die innere Parteidisziplin« und »die Wachsamkeit« nachgelassen habe.¹⁰¹ Ein anderes Indiz dafür, daß die PVAP-Spitze die Hauptfunktionen des Sicherheitsdienstes erhalten wollte, war der Beschluß, die Haßausbrüche gegenüber den

⁹⁹ Bericht des Ministerium des Innern (MSW) vom 18. 3.1957; AAN, KC PZPR (ZK PVAP), 237/XIV-158, S. 84, 90 f.

¹⁰⁰ CA MSW, 17/IX/268, Bd. 7.

¹⁰¹ AAN, KC PZPR (ZK PVAP), bisherige Signatur p.16, Bd. 63.

»Stasi«-Leuten zu »kanalisieren«, und daß die Erwägung, Untersuchungen von »Stasi«-Verbrechen auf breiter Ebene durchzuführen, verworfen wurde. Nur ein kleiner Teil von mehreren tausend Eingaben, die bei der Staatsanwaltschaft eingegangen waren, mündeten in einer Anklageschrift. Prozesse wurden nur einem guten Dutzend Personen gemacht (darunter auch aus dem militärischen Bereich), im Grunde nur denjenigen, die für die Ermittlungen im X. Departement verantwortlich waren, und einigen hohen Offizieren. Deutlich war man bemüht, den Sicherheitsdienst zu schonen, der doch weiterhin seine Dienste leisten sollte.¹⁰²

Auch wenn noch keine eingehenderen Forschungen zu Polens Sicherheitsdienst der Gomulka- oder Gierék-Ära vorliegen, will ich die These wagen, daß – ähnlich wie zum Beispiel in der Wirtschaftsverwaltung – die Jahre 1948 bis 1956 eine Zeit waren, in der die grundlegenden Mechanismen des Sicherheitsdienstes entstanden. Später wurde freilich immerhin kein Massenterror mehr getrieben (ausgenommen vielleicht der erste Schlag nach Einführung des Kriegszustandes im Jahre 1981, als 10 000 Personen verhaftet und interniert wurden), und schon gar nicht der allgegenwärtige Terror. Für die tägliche Unterordnung genügte allein die Erinnerung – allgemein und individuell – an die überfüllten Gefängnisse, die drakonischen Urteile, die Schauprozesse, die Verurteilungen wegen Erzählens eines Witzes oder Gerüchtes und die Mißhandlungen in der Untersuchungshaft; doch auch die Erfahrung, daß sich die Spitzel, verpflichtete und freiwillige, im Handumdrehen vermehren können, daß in den »Schwarzen Kabinetten« fremde Briefe gelesen wurden und jedes Telefongespräch abgehört werden konnte. Und selbst wenn es nie ganz gelang, alle und jeden zu kontrollieren, ging doch die Gesellschaft (und nicht nur der Teil, der Repressionen erlitten hatte oder als Erfahrung nächster Angehöriger kannte) verändert aus den »stalinistischen Mühlen« hervor, da die Staatssicherheit, den Terror und die Überwachung verkörpernd, zu einem der wichtigsten Faktoren dieser Gesellschaft geworden war. Insofern kann man die Jahre 1948 bis 1956, wie es die kommunistische Propaganda verkündete, eine Zeitspanne nennen, in der »die Grundlagen des Sozialismus errichtet wurden«.

¹⁰² Eine andere – äußerst interessante – Frage ist die »Abrechnung« mit der Phase 1948 bis 1956. Hier zögerten nicht nur Personen, die für sie verantwortlich waren, sondern sogar Gomulka.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------------|--|
| AAN | Archiwum Akt Nowych: Archiv der Neuen Akten |
| ADOUP | Archiwum Delegatury Urzedu Ochrony Panstwa: Archiv der Außenstelle des Amtes für den Staatsschutz |
| AK | Armia Krajowa: Landesarmee |
| BStU | Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik |
| CA MSW | Centralne Archiwum Ministerstwa Spraw Wewnetrznych - Zentralarchiv des Ministeriums für Inneres |
| IM | Inoffizieller Mitarbeiter |
| KBP | Komitet Bezpieczenstwa Publicznego: Komitee für Öffentliche Sicherheit |
| KBW | Korpus Bezpieczenstwa Publicznego: Korps für Öffentliche Sicherheit |
| KC | Komitet Centralny: Zentralkomitee (ZK) |
| KC WKP (b) | Komitet Centralny Wszechziazkowej Komunistycznej Parti (bolszewickiej): Zentralkomitee der Allunion Kommunistischer Partei (der Bolschewiken) |
| KfS | Komitee für Staatssicherheit (beim Ministerrat der UdSSR) |
| KGB | Komitet gossudarstwennoi besopasnosti pri Sowjete Ministrow SSSR (russ.): Bezeichnung seit 1954: KfS |
| KPP | Komunistyczna Partia Polski: Kommunistische Partei Polens |
| LK | Lokal Konspiracyjny: Konspirative Wohnung |
| MO | Milicja Obywatelska: Volkspolizei |
| MBP | Ministerstwo Bezpieczenstwa Publicznego: Ministerium für Öffentliche Sicherheit |
| MSW | Ministerstwo Spraw Wewnetrznych: Ministerium für Inneres |
| NKWD | Narodny kommissariat wnutrennich del (russ.): Volkskommissariat für innere Angelegenheiten; Bezeichnung für den Geheimdienst der UdSSR 1934–1946 |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| ORMO | Ochotnicza Rezerwa Milicji Obywatelskiej: Freiwillige Polizeireserve |
| PPR | Polska Partia Robotnicza: polnische Arbeiterpartei |

| | |
|-------|---|
| PPS | Polska Partia Socjalistyczna: Polnische Sozialistische Partei |
| PSL | Polskie Stronnictwo Ludowe: polnische Bauernpartei |
| PUBP | Powiatowy Urząd Bezpieczeństwa Publicznego: Kreisamt für Öffentliche Sicherheit |
| PZPR | Polska Zjednoczona Partia Robotnicza: Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) |
| SS | Schutzstaffel (der NSDAP) |
| SA | Sturmabteilung (der NSDAP) |
| TW | Tajny Wspolpracownik: Geheimer Mitarbeiter |
| UBP | Urząd Bezpieczeństwa Publicznego: Amt für Öffentliche Sicherheit |
| UNRRA | Amerikanische humanitäre Hilfsorganisation für Osteuropa |
| UOP | Urząd Ochrony Państwa: Amt für den Staatsschutz |
| UPA | Ukraińska Powstancza Armia: Ukrainische Aufstandsarmee |
| WCzK | Czeka: Tscheka |
| WiN | Wolność i Niepodległość: Freiheit und Unabhängigkeit |
| WOP | Wojska Ochrony Pogranicza: Grenztruppen |
| WUBP | Wojewódzki Urząd Bezpieczeństwa Publicznego: Wojewodschaftsamt für Öffentliche Sicherheit |
| ZSL | Zjednoczone Stronnictwo Ludowe: Vereinigte Bauernpartei |

Angaben zum Autor

ANDRZEJ PACZKOWSKI

Jahrgang 1938. Historiker; Direktor für Wissenschaftsfragen am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

Schwerpunkte: Geschichte Polens im XX. Jahrhundert; besonders die Zeit nach 1944. Er ist Verfasser zahlreicher Aufsätze, Abhandlungen und Bücher, unter anderem:

»Prasa polska 1918–1939« (Polnische Presse 1918–1939), »Stanislaw Mikolajczyk 1901–1966« (Stanislaw Mikolajczyk 1901–1966), »Pol wieku dziejow Polski 1939–1989« (Ein halbes Jahrhundert der polnischen Geschichte), »Aparat bezpieczenstwa w latach 1945–1956« (Der Sicherheitsdienst in den Jahren 1945–1956), »Ostatni rok wladzy 1988–1989« (Das letzte Jahr der Macht 1988–1989), »PRL-ZSSR 1956–1970« (Volksrepublik Polen - UdSSR 1956–1970) und Mitverfasser des Werkes »Das Schwarzbuch des Kommunismus« (in französischer Sprache).

Professor Paczkowski ist Mitbegründer des illegalen Verlags »Archiwum Solidarnosci« (Solidarnosc-Archiv) und war von 1983 bis 1989 als Redakteur dort tätig.